



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 8
Dienstag, 3. Juli 2012
18:01 - 20:40 Uhr
Kantonsratssaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 14. August 2012

Vorsitz:	Dr. Raphaël Rohner	FDP
Protokoll:	Gabriele Behring	
Stimmzähler:	Dr. Cornelia Stamm Hurter Beat Steinacher	SVP SP
Anwesend:	Von total 36 Mitgliedern: Ratspräsident und 32 Mitglieder	
Entschuldigt: Ganze Sitzung:	Beat Brunner Urs Tanner Christine Thommen Kurt Zubler	EDU SP FDP SP
Anfang der Sitzung:	Edgar Zehnder	SVP

TRAKTANDEN

1	VdSR vom 24. April 2012: Jahresrechnung 2011 der Einwohnergemeinde Schaffhausen	Seite 5
2	Postulat Simon Stocker (AL): Herrenacker - ein lebendiger Platz für alle!!	Seite 27

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES****EINGANG**

12.07.2011	VdSR Verkauf von Baurechtsgrundstücken (*)	SPK
06.12.2011	VdSR Wohnraumentwicklung Schaffhausen, Entwicklungspaket 1, Abgabe von städtischen Grundstücken	SPK
20.12.2011	VdSR Sanierung der Gebäude und Aussenanlagen des Rheinstrandbades und Campingplatzes Langwiesen, Feuerthalen	FK Bau
24.01.2012	VdSR Systematisierte Leistungsanalyse (SLA), Massnahmenpaket 2	SPK
14.02.2012	VdSR Revision der Richtlinien zur Vergabe von Grundstücken der Stadt Schaffhausen im Baurecht (*)	SPK
06.03.2012	VdSR Finanzieller Beitrag an das private Projekt FCS Park	GPK
22.05.2012	VdSR Sport- und Veranstaltungshallen Stahlgiesserei - ein Projekt im Rahmen von "Zukunft Stadtleben"	FK Bau
15.06.2012	Motion Urs Tanner (SP): 10 Tage Vaterschaftsurlaub für städtische Angestellte	
02.07.2012	Volksmotion betreffend sanfte Modernisierung der Rhybadi	

(*) Vorberatung von beiden Vorlagen in der gleichen SPK

Kleine Anfrage 2012:

- Simon Stocker (AL):
Nutzen der Regionalpolitik für die Stadt Schaffhausen vom 11. April 2012
- Urs Tanner (SP):
Bevorzugung öV vom 25. Juni 2012
- Daniel Schlatter (SP)/Martin Jung (AL):
Sparpläne des Kantons gemäss Entlastungsprogramm ESH3 vom 27. Juni 2012
- Beat Brunner (SVP):
Wem gehören die Luxusparkplätze bei der BBC ARENA und wer bewirtschaftet sie?
vom 29. Juni 2012

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

Traktandum 1 Vorlage des Stadtrats vom 24. April 2012: Jahresrechnung 2011 der Einwohnergemeinde Schaffhausen

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung die Vorlage des Stadtrats vom 24. April. 2012, Jahresrechnung 2011 der Einwohnergemeinde Schaffhausen, und den Antrag mit 31 : 0 Stimmen wie folgt gut:

Die vorliegende Jahresrechnung 2011 der Einwohnergemeinde Schaffhausen wird gemäss Art. 27 Abs. 1 lit h der Stadtverfassung genehmigt.

Traktandum 2 Postulat Simon Stocker (AL): Herrenacker - ein lebendiger Platz für alle!

Das Postulat wird von Simon Stocker (AL) begründet, von SR Peter Kämpfer beantwortet und im Rat diskutiert.

Der Grosse Stadtrat erklärt in der Schlussabstimmung das Postulat mit 20 : 11 Stimmen nicht erheblich.

BEGRÜSSUNG

Der **Ratspräsident, Dr. Raphaël Rohner (FDP)**, eröffnet die Sitzung Nr. 8 vom 3. Juli 2012 mit der Begrüssung der Ratsmitglieder, des Stadtpräsidenten, der Frau Stadträtin und der Herren Stadträte sowie der Medienberichterstatter und der Gäste auf der Tribüne.

Mitteilungen des Ratspräsidenten:

Der Präsident der FK Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit hat mit Mail vom 12. Juni 2012 ans Ratsbüro mitgeteilt, dass die VdSR vom 20. Dezember 2011 betreffend Sanierung der Gebäude und Aussenanlagen des Rheinstrandbades und Campingplatzes Langwiesen, Feuerthalen, erst am 27. August 2012 weiter behandelt werden kann. Wenigstens Klarheit über das weitere Vorgehen sollte bis zu jenem Zeitpunkt bestehen. Der Grund für diese Verzögerung ist mit einem Wechsel im Präsidium des TCS begründet. Der Stadtrat ist mit dem TCS in Kontakt, es sind bereits verschiedene Varianten ausgearbeitet worden.

Die Ratsmitglieder haben erhalten, bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- Antwort des Stadtrates vom 19. Juni 2012 auf die Kleine Anfrage von Grossstadtrat Edgar Zehnder vom 15. März 2012 „Absturzsicherung städtischer Liegenschaften“
- Newsletter Juni 2012 der Wirtschaftsförderung Kanton Schaffhausen
- Jahresbericht 2011 KSS Freizeitpark Schaffhausen
- Motion von Grossstadtrat Urs Tanner vom 15. Juni 2012: 10 Tage Vaterschaftsurlaub für städtische Angestellte. Sie wird auf die Traktandenliste der nächsten Ratssitzung aufgenommen
- Kleine Anfrage von Grossstadtrat Urs Tanner vom 25. Juni 2012: Bevorzugung öV
- Kleine Anfrage der Grossstadträte Daniel Schlatter und Martin Jung vom 27. Juni 2012: Sparpläne des Kantons gemäss Entlastungsprogramm ESH3
- Kleine Anfrage von Grossstadtrat Beat Brunner vom 29. Juni 2012: Wem gehören die Luxusparkplätze bei der BBC ARENA und wer bewirtschaftet sie?
- Volksmotion „Sanfte Modernisierung der Rhybadi“; sie wird in Bezug auf die Gültigkeit der Unterschriften (Art. 13 Stadtverfassung: mindestens 100 Unterschriften) von der Stadtkanzlei überprüft und auf die Traktandenliste der nächsten Ratssitzung unter „Übrige pendente Geschäfte“ aufgenommen.
- Geschäftsbericht der Stadt Schaffhausen 2011. Er wird auf die Traktandenliste der nächsten Ratssitzung aufgenommen.
- Antwort des SR vom 3. Juli 2012 auf die Kleine Anfrage von Walter Hotz: Erfüllt der Stadtschulrat seine gesetzlichen Aufgaben und Pflichten nicht?
- Antwort des SR vom 3. Juli 2012 auf die Kleine Anfrage von Walter Hotz: Städtische Organisations- und Personalpolitik nach „Gutsherrenart“
- Aufstellung Aufwand funktionale Gliederung im Zusammenhang mit der Jahresrechnung 2011 der Stadt Schaffhausen
- Personalzeitschrift Stadtverwaltung Schaffhausen blickfang von mitarbeitenden für mitarbeitende Ausgabe 05/2012

PROTOKOLL

Die Protokolle der Sitzungen Nr. 6 vom 15. Mai 2012 und Nr. 7 vom 29. Mai 2012 wurden vom Büro geprüft und genehmigt. Sie liegen zur Einsichtnahme bei der Ratssekretärin auf dem Kanzleisch auf. Begehren auf Änderungen sind innert 10 Tagen dem Ratsbüro mitzuteilen. Die Protokolle gelten somit unter dem Vorbehalt

von Art. 32 Abs. 3 und 4 GO als genehmigt.

TRAKTANDENLISTE

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde dem Parlament rechtzeitig zugestellt. Es werden keine Änderungsanträge gestellt, somit gilt sie als genehmigt.

Traktandum 1 VdSR vom 24. April 2012: Jahresrechnung 2011 der Stadt Schaffhausen

Walter Hotz (FDP)

Bericht des GPK-Präsidenten

”Es ist unbestritten, dass das Jahr 2011 für die Stadt Schaffhausen kein einfaches war, vor allem in finanzpolitischer Hinsicht. Es herrschte allgemein ein grosser Druck auf den öffentlichen Haushalten. Lassen wir uns nicht blenden, dieser Druck wird auch in Zukunft nicht kleiner. Die Wirtschaftslage ist unsicherer denn je. Eines steht fest, nicht nur die Weltwirtschaftslage, auch die Finanzlage des Kantons ist innert Kürze zu einem Sanierungsfall geworden. Wir konnten dies zur Kenntnis nehmen, indem die Regierung ein Entlastungsprogramm mit dem Kürzel ESH3 verabschiedete. Erste Anzeichen, dass die Kantonsregierung sich auf die Finanzen der Gemeinden stürzen wird, sind darin schon festgeschrieben und in ihrem Entlastungsprogramm ESH3 ersichtlich. Umso erfreulicher ist die positive Rechnung 2011, die uns Finanzreferent Peter Neukomm zusammen mit seiner Kollegin und Kollegen, den Bereichsleitern und allen Mitarbeitenden der Verwaltung präsentieren kann. Anstelle eines Defizits von CHF 4,4 Mio. schliesst die laufende Rechnung 2011 mit einem Einnahmeüberschuss von CHF 2'837'662.81 erfreulich gut ab.

Dass die Rechnung 2011 so erfreulich abschliesst, hat hauptsächlich mit einmaligen Sonderfaktoren zu tun, insbesondere mit dem Verkauf des Bleiche-Areals hinter dem Bahnhof und dem Verkauf der Liegenschaft „Zur Wasserquelle“ in der Vordergasse. Aus diesen Verkäufen resultierte einen Buchgewinn von CHF 11,1 Mio. Ohne diese Verkäufe hätte sich die Stadtrechnung trotz einer mehr oder weniger grossen Budgetdisziplin unerfreulicher präsentiert. Dass wir in einer Wirtschaftskrise sind, zeigen vor allem die rückläufigen Steuererträge, insbesondere bei den juristischen Personen, von budgetierten CHF 114'020'000.-- um etwas mehr als CHF 2 Mio. auf CHF 112'015'562.47. Gegenüber der Rechnung 2010 sind es gar CHF 3,6 Mio. Erfreulich ist, dass der Stadtrat die ungedeckte Schuld um rund CHF 15 Mio., als auch die festen Schulden um CHF 6,6 Mio. reduzieren konnte. Ich hoffe sehr, dass der Stadtrat erkannt hat, dass Überschüsse im Stadthaushalt für den Schuldenabbau einzusetzen sind.

Das sind alles gute Nachrichten, hinter denen gute stadträtliche Leistungen stehen. Während die Kantonsregierung ächzt, bleibt die städträtliche Verschuldung stabil. Hoffen wir, dass es so bleibt. Doch wir dürfen uns nicht blenden lassen. Ein Blick in die konjunkturelle Zukunft unserer Stadt legt den Schluss nahe, dass die Verwaltung in den letzten Jahren noch mehr hätte sparen können, ja müssen. Der Druck auf den Stadthaushalt wird weiter wachsen. Fest steht auch, dass die Steuern kaum mehr so munter fliessen werden, wie in den vergangenen Jahren. Entscheidend wird sein, wie der Stadtrat das Budget 2013 nach den Sommerferien und den Wahlen vorlegen wird. Dies wird für die Zukunft von entscheidender Bedeutung sein. Der Kanton wird in Zukunft die Gemeinden nicht weiter entlasten können, im Gegenteil. Die Gemeinden werden aus Konkurrenzgründen gegenüber unseren Nachbarn kaum

eine Steuerfusserhöhung in Betracht ziehen können. Somit wird der Spardruck auf die Stadtverwaltung eher zunehmen als rückläufig sein. Nun, freuen wir uns vorerst heute Abend über das erfreuliche Resultat.

Die vorliegende Jahresrechnung 2011 beinhaltet folgende Eckzahlen. Finanzreferent Peter Neukomm wird Sie noch im Detail informieren.

Laufende Rechnung:

Aufwand	CHF 221'319'516.47
Ertrag	CHF 224'157'179.28
Ertragsüberschuss	CHF 2'837'662.81

Investitionsrechnung:

Ausgaben	CHF 39'545'477.28
Einnahmen	CHF 34'650'441.30
Ausgabenüberschuss	CHF 4'895'035.98

Sie können dem gebundenen Buch ab Kapital I bis zum Antrag in Kapital XII die genauen Zahlen entnehmen.

Wie in den vergangenen Jahren haben wir in der Geschäftsprüfungskommission die Jahresrechnung 2011 genauestens angesehen. Dazu haben wir uns in zwei Gruppen aufgeteilt und zuhänden der Verwaltung konkrete Fragen zu einzelnen Kontopositionen gestellt. Alle Fragen wurden anlässlich der ersten grossen Sitzung und der so genannten Elefantenrunde zu unserer Zufriedenheit beantwortet. Grössere Sorgen bereiten uns die massiven Kostenüberschreitungen bei den Objekten Museum über CHF 1,1 Mio., beim Objekt Künzle-Heim CHF 2,9 Mio. und beim Objekt KBA Hard von CHF 2,1 Mio. Gerade bei solch hohen Kostenüberschreitungen verlangt und erwartet die GPK eine bessere Kommunikation von Seiten des Stadtrates, aber auch von Seiten der jeweiligen Vertreter des Grossen Stadtrates in den zuständigen Baukommissionen. Es darf in Zukunft nicht sein, dass man erst anlässlich der Rechnungsbesprechung davon in Kenntnis gesetzt wird.

Weiter ist auf Seite 333 Kapitel 4.1 in der Erfolgsrechnung 2011 Wasserversorgung Schaffhausen der Ertrag aus Wasserverkauf Rechnung 2011 CHF 5'356'352.-- gegenüber dem Jahr 2010 von CHF 5'137'752.-- um CHF 218'600.-- gestiegen und hat sich demnach nicht verringert, wie dies in den Erläuterungen Absatz 25 im Text aufgeführt ist. Bei Umsatzeinbussen - so, wie es in den Erläuterungen steht - hätte unser Werkreferent eigentlich zweimal hinschauen und sich fragen müssen, ob das stimmen kann. Ich bitte, dies zu korrigieren.

An der Schlussabstimmung vom 14. Juni 2012 haben die Mitglieder der GPK der Jahresrechnung mit dem Antrag, die vorliegende Jahresrechnung 2011 zu genehmigen, mit 7 : 0 Stimmen zugestimmt.

Ich möchte an dieser Stelle Finanzreferent Peter Neukomm und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen besonderen Dank aussprechen. Wir sind schnell und umfassend über alles informiert und dokumentiert worden. Zwischenzeitlich habe ich noch das Schreiben der Finanzkontrolle von Kanton und Stadt Schaffhausen mit Datum 14. Juni 2012 erhalten, dessen wichtigster Inhalt ich wie folgt zitiere:

Sehr geehrter Herr Präsident

Die Finanzkontrolle führt gegenwärtig die Prüfung der Jahresrechnung 2011 der Einwohnergemeinde Schaffhausen durch.

Bis zum jetzigen Zeitpunkt sind Prüfungshandlungen in den folgenden Bereichen erfolgt:

- Bericht 2011*
- Gesamtergebnis Verwaltungsrechnung 2011*
- Sachgruppenstatistik 2011*
- Steuern*

Im Weiteren haben wir analytische Prüfungshandlungen sowie Konsistenzprüfungen über die ganze Jahresrechnung 2011 (Bestandesrechnung, Laufende Rechnung, Investitionsrechnung sowie Verpflichtungskreditkontrolle) durchgeführt.

Ferner konnten folgende separaten Buchhaltungen (Spezialverwaltungen) beziehungsweise Spezialgebiete bis zum jetzigen Zeitpunkt geprüft werden:

- Verkehrsbetriebe 2011 (exkl. der noch ausstehenden Revision der Linienerefolgsrechnung 1 und 6 - Aufteilung der Kosten- und Ertragsanteile der Gemeinden Schaffhausen - Neuhausen am Rheinfall).*
- Stiftung Impuls 2011*
- Kläranlageverband Schaffhausen, Neuhausen am Rheinfall, Feuerthalen und Flurlingen 2011 (ARA Röti, KBA Hard, MKD Pflumm)*
- Alimentenbevorschussung und Sozialhilfe*

Bei den Spezialgebieten ergibt sich folgendes Bild:

- Die Jahresrechnung 2011 der KSD, Kanton und Stadt Schaffhausen Datenverarbeitung wird planmässig im Juli/August 2012 geprüft*
- Der Holzschnitzelbetrieb wird im 2-Jahresintervall geprüft. Die Revision der Jahre 2009 und 2010 erfolgte mit entsprechender Berichterstattung per November 2011.*

Noch ausstehend sind die Detailprüfungen zu den Bestandeskonti, welche noch nicht im Zuge der vorerwähnten Prüfungsfelder bearbeitet worden sind.

Die Laufende Rechnung wird einerseits zeitgleich im Zuge der jeweilig zusammenhängenden Bestandeskonti, andererseits auf Basis einer Wesentlichkeitsfestlegung revidiert. Diese Prüfungen werden planmässig während des Sommers 2012 durchgeführt.

Zum augenblicklichen Zeitpunkt unserer Prüfungstätigkeit gibt es keine Einwände gegen eine Abnahme der Jahresrechnung 2011 der Stadt Schaffhausen durch den Grossen Stadtrat.

Nach Fertigstellung der Revisionsberichte und deren Kenntnisnahme durch den Stadtrat wird den Mitgliedern der Geschäftsprüfungskommission jeweils eine Kopie der Berichte zugestellt. Analog zum Vorjahresbericht erläutern wir unsere Feststellung gerne im Zuge der entsprechenden GPK-Sitzung.

Finanzkontrolle von Stadt und Kanton

Patrik Eichkorn

Leiter Finanzkontrolle

Ralph Kolb

Leitender Revisor

Zum Schluss danke ich allen Beteiligten, im Besonderen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Schaffhausen, herzlichen Dank dem Finanzreferenten Peter Neukomm für das grosse Vertrauen in die GPK-Mitglieder und für die stets offene und respektvolle Kommunikation. Danken möchte ich Stadtpräsident Thomas Feurer, Stadträtin Jeanette Storrer und den Stadträten Urs Hunziker und Peter Kämpfer für ihre geleistete Arbeit. Speziell danke ich meinen Kolleginnen und Kollegen der GPK und unserer Ratssekretärin Gaby Behring für die Zusammenarbeit.

Treten Sie auf die Jahresrechnung 2011 vom 24. April 2011 ein und stimmen Sie dem Antrag gemäss Seite XL der Jahresrechnung 2011 der Stadt Schaffhausen zu. "

Ratspräsident, Dr. Raphaël Rohner:

"Ich möchte an dieser Stelle eine Klammerbemerkung öffnen: Auch das Büro hat sich bereits mit der vom GPK-Präsidenten angeführten Problematik eines Kommunikationsdefizits bei Bauprojekten zwischen den verschiedenen parlamentarischen Akteuren und der Exekutive auseinandergesetzt. Sie haben bereits gehört, dass der Stadtrat dieses Problem erkannt hat und die Thematik nicht nur aufnimmt, sondern für Abhilfe sorgen wird. Ich gehe davon aus, dass SR Peter Neukomm dazu noch weitere Erläuterungen abgeben wird. "

Katrin Hauser-Lauber (FDP)

FDP-Fraktionserklärung

"Wie in der GPK, zeigten wir uns auch in der FDP-Fraktion erfreut über die Rechnung 2011, die mit einem Überschuss von CHF 2,8 Mio. positiv abschliesst. Gerne nehme ich vorweg, dass wir einstimmig auf die Rechnung 2011 eintreten und den Anträgen des Stadtrates zustimmen werden.

Nachdem der GPK-Präsident die Rechnung kompetent und ausführlich präsentiert hat, möchte ich nochmals anmerken, dass der positive Rechnungsabschluss hauptsächlich durch die ausserordentlichen Vermögenserträge aus Liegenschaftsverkäufen erreicht werden konnte. An dieser Stelle möchte unsere Fraktion bemerken und damit auch anregen, dass für die Zukunft ähnliche Buchgewinne wie im letzten Jahr mit der Bleiche und mit der Wasserquelle genauer ins Budget aufgenommen werden könnten, damit jeweils das Gesamtbild der Jahresrechnung besser zum Budget passt und nicht verfälscht wird. Solche Verkäufe kommen nicht kurzfristig oder aus heiterem Himmel, sie sind planbar.

Zudem zeigen uns das für das letzte Jahr budgetierte Defizit von CHF 4,4 Mio. und die vorliegenden Steuereinnahmen, dass wir die schwierigen Folgejahre der Wirtschaftskrise noch nicht ganz überwunden haben. Dies verdeutlichen die Steuereinnahmen der juristischen Personen, die stark zurückgegangen sind. Die natürlichen Personen sind dank der steigenden Quellensteuer nur leicht gesunken. Gemäss den Erfahrungen der letzten Jahre sinken die Steuereinnahmen stetig, und somit sehen die Aussichten für das laufende Jahr auch nicht gerade gut aus. Dazu kommen die bestimmt weiter anwachsenden Mehrausgaben, die vorgegeben werden und die wir auf kommunaler Ebene praktisch nicht beeinflussen können. Dazu zähle ich hauptsächlich die hohen Ausgaben im sozialen Bereich. Wir dürfen uns also nicht auf den Rechnungslorbeeren 2011 ausruhen. Wir können das Areal Bleiche nicht zweimal verkaufen.

Wir müssen zwingend weitere Sparbemühungen bei den beeinflussbaren Ausgaben im kommenden Budget verfolgen, damit der städtische Finanzhaushalt einigermassen stabil bleiben kann. Kostenüberschreitungen wie etwa beim Künzle-Heim, beim Museum oder bei der KBA Hard müssen diszipliniert verfolgt werden. Ein offener Informationsfluss gegen aussen – auch gegenüber der GPK, wie soeben gehört - sollte bei so langen Bauprozessen besser laufen.

Ansonsten möchte ich die getätigten Sparanstrengungen in der Verwaltung und die damit verbundene hohe Budgetdisziplin bei der vorliegenden Rechnung erwähnen. Diese Handlungen, die zusätzlich zu den Liegenschaftsverkäufen zum guten Rechnungsabschluss geführt haben, tragen ebenfalls und nicht zuletzt zum guten Resultat der Rechnung 2011 bei und weisen uns allen den Weg in die richtige Richtung. Auch wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier sollten inskünftig vermehrt die Budgetdisziplin im Auge behalten.

An dieser Stelle möchte ich dem Stadtrat und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für die geleistete Arbeit und die gute Zusammenarbeit danken. Im Zusammenhang mit der Rechnung hat die GPK auf alle, teilweise komplizierten Fragen ausführliche Antworten erhalten. “

Till Hardmeier (JFSH)

Bürgerlich-liberale Fraktionserklärung

”Die Rechnung hat positiv geschlossen, obwohl ein Rekorddefizit von CHF 4,4 Mio. budgetiert war. Ausserordentliche Faktoren konnten die Rechnung retten. Wir treten ein und stimmen ihr zu, aber wir möchten einige Punkte noch ausleuchten:

1. Die Grundtendenz ist für uns besorgniserregend: Einerseits sinken die Steuereinnahmen, andererseits steigen die Lohnkosten, und der Kanton wird mit seinem Entlastungsprogramm ESH3 weitere Kosten auf die Stadt abwälzen. So kann es in den nächsten Jahren nicht weitergehen.
2. Der Finanzplan präsentiert massiv rote Aussichten, es sind sehr viele Investitionen geplant. Aus diesem Grund haben wir die Volksinitiative Schuldenbremse lanciert; es kann so einfach nicht weitergehen. Die Schuldenreduktion mit ausserordentlichen Erträgen im 2011 war richtig, aber es braucht noch mehr.
3. Der Stadtrat muss dringend über die Bücher, mit den Vorlagen SLA 1 und 2 wurde nicht genug gemacht. Die ungefähr 80 Sparvorschläge haben substantielle Einsparungen in der Grössenordnung von rund CHF 2 Mio. gebracht. Es braucht aber weitere Sparvorschläge. Wir können uns nicht zurücklehnen und einen Marschhalt machen, sondern müssen jedes Jahr weitersuchen.
4. Wir sehen ein grosses Sparpotenzial in der Zusammenarbeit mit dem Kanton und der Gemeinde Neuhausen. Mit einem derart “zeitlupigen” Vorgehen wie beispielsweise im Projekt gemeinsamer Werkhof Stadt und Kanton kann es nicht weitergehen.
5. Die Wohnraumprojekte sind prioritär voranzutreiben, die Stadt braucht Neuzuzüger und mehr Steuersubstrat; allenfalls müssen andere Projekte zurückgestellt werden.

6. Diverse Punkte haben in unserer Fraktion zu reden gegeben, die interessanterweise fast alle mit dem Buchstaben K beginnen:

Museum: Kostenüberschreitung CHF 1,1 Mio. Die Kommunikation zu GPK und GrSR war nicht befriedigend, vor allem die GPK müsste frühzeitig informiert werden, wenn die Kosten aus dem Ruder laufen.

Künzle-Heim: Kostenüberschreitung CHF 2,9 Mio. Auch hier war die Kommunikation nicht proaktiv. Ich als Einwohner der Stadt Schaffhausen möchte nach der Interpellation von Lotti Winzeler wissen, wie der aktuelle Stand der damals aufgelisteten Mängel ist, die aufgrund der schlechten Zusammenarbeit mit dem Architekten entstanden sind. Wer hat jetzt eigentlich für die Nachbesserungen bezahlt? SR Peter Kämppler versucht, sich hier bis zu den Wahlen unter dem Radar zu bewegen. Wir wollen jetzt wissen, wie es aussieht.

KBA Hard: Kostenüberschreitung CHF 2,1 Mio. Die Kommunikation zur GPK und zum Rat hat nicht stattgefunden. SR Peter Kämppler ist Präsident des Kläranlagenverbands und damit Verantwortlicher der Anlage. Ich habe von grossen Problemen mit der Anlage gehört; Sand sei ein grosses Problem bei der Vergärung, die Anlage funktioniere deshalb nicht richtig. Die Firma Schu AG Schaffhauser Umwelttechnik habe sich aus dem Staub gemacht. Auch die Neuhauser sind gar nicht glücklich über die Situation. Ich stelle deshalb zwei Fragen an SR Peter Kämppler: Wird die Anlage je plangemäss zum Laufen kommen? Wie hoch sind die Zusatzkosten? Wenn wir heute keine klaren Facts erhalten und die GPK nicht sofort über die Details unterrichtet wird, überlege ich mir eine PUK zu fordern. “

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)

SVP/EDU-Fraktionserklärung

”Die SVP/EDU-Fraktion wird auf die Rechnung 2011 eintreten und ihr in der vorliegenden Form auch zustimmen. Der GPK-Präsident hat Ihnen die Zahlen en détail präsentiert, so dass ich mir erlaube, nur diejenigen Punkte hervorzuheben, die in unserer Fraktion zu Diskussionen geführt haben.

Das positive Ergebnis ist an sich erfreulich, doch unsere Fraktion hätte noch mehr Freude daran, wenn es nicht das Resultat von Sonderfaktoren wäre, sondern das Ergebnis eines haushälterischen Umgangs mit den Einnahmen. Die Liegenschaftenverkäufe sind, wie Sie schon mehrfach gehört haben, in erster Linie dafür verantwortlich, dass die Rechnung 2011 nicht mit einem prognostizierten Defizit von CHF 4,4 Mio., sondern mit einem Ertragsüberschuss von CHF 2,8 Mio. abschliesst. Dabei macht der Verkauf des Bleicheareals mit CHF 9,7 Mio. den Hauptanteil aus, aber auch der Verkauf der Wasserquelle, der auf die Initiative der SVP zurückgeht, trägt mit CHF 1,2 Mio. zum guten Ergebnis bei.

Wenn Sie die Ihnen vorliegende Rechnung bezüglich der Steuereinnahmen konsultieren und sich an die Budgetdebatte 2011 vom Dezember 2010 erinnern, dann werden Sie erkennen, dass die SVP/EDU-Fraktion damals schon fast weissagerische Fähigkeiten in Bezug auf die Steuereinnahmen an den Tag legte. Wir gingen damals davon aus, dass sich der Steuereingang bei den natürlichen Personen 2011 bei CHF 79,4 Mio. (inklusive Zu- und Abrechnungen) bewegen würde, während dem der Stadtrat ursprünglich mit CHF 83,1 Mio. Franken rechnete und sich erst auf unsere hartnäckige Intervention hin bereit erklärte, einen Abstrich

von CHF 1,8 Mio. zu machen und die Steuereinnahmen inklusive Zu- und Abrechnungen bei den natürlichen Personen mit CHF 81,3 Mio. budgetierte. Eingegangen sind nun CHF 78,9 Mio. Unsere Bedenken bezüglich der damals nach unserer Meinung zu optimistisch budgetierten Zu- und Abrechnungen bei den natürlichen Personen bewahrheiteten sich leider. Hätte die SVP-EDU-Fraktion nicht die Handbremse in letzter Minute gezogen, wäre die Abweichung noch krasser ausgefallen.

Um Steuersenkungsgelüsten vorzubeugen, hat der Stadtrat die Abschreibungen wohlweislich höher angesetzt als im Budget 2011 mit 10% vorgesehen. Liegen die Abschreibungen doch mit 12,07% um 2,07% über der im Finanzhaushaltsgesetz geforderten Grösse, was CHF 2,35 Mio. entspricht und bedeutet, dass das Ergebnis vor dieser Abschreibungserhöhung bei rund CHF 5,1 Mio. gelegen wäre; dementsprechend wäre auch der Saldo des Eigenkapitals höher ausgefallen.

Bei der Laufenden Rechnung ist uns aufgefallen, dass bei den Einnahmen des Stadttheaters aus Verkauf und Miete bis anhin nicht ersichtlich ist, ob die Einnahmen aus Eintritten, aus Vermietungen oder sonstigen Verkäufen stammen. Der Stadtpräsident hat der GPK erklärt, dass eine Aufsplittung auf einzelne Kostenbeziehungsweise Ertragsarten einen enormen Aufwand zur Folge hätte. Der GPK würde aber inskünftig bei der Rechnungslegung die Herkunft der Einnahmen detailliert erläutern.

Zu reden gab in unserer Fraktion auch der Umstand, dass sich bei einer vertieften Betrachtung der Position 5100.300.106, Honorare, Taggelder und Sitzungsgelder der Schulbehörde, ergeben hat, dass der Erfüllungsgrad des Stadtschulrates bei den Lehrerqualifikationen nur 40% erreicht. Der Umstand, dass einzelne Stadtschulratsmitglieder überdurchschnittlich viele LQS machen, während dem andere nur in sehr bescheidenem Rahmen oder gar nicht tätig sind, zeigt, dass dies weniger ein strukturelles als vielmehr ein ad personam bezogenes Problem zu sein scheint.

Mit Erstaunen haben wir auch in der GPK vom Heimreferenten erfahren, dass der Mittagstisch Schönbühl (Position 5201.365.514) nicht erst kürzlich geschlossen wurde, sondern seit 2004 nicht mehr existiert.

Nicht sehr erbaut ist unsere Fraktion über die Budgetierung beim Künzle-Heim und Huus Emmersberg (Seite 108, Position 5321). Insbesondere haben wir kein Verständnis dafür, dass notwendige Anschaffungen für die Alterswohnungen wie Wäschetrockner auf Anweisung des Hochbauamtes über die Laufende Rechnung liefen. Dies, weil laut Hochbauamt beim Baukredit „kein Platz“ dafür vorhanden war, das heisst - ich zitiere weiter wörtlich -, weil „die Kosten aus dem Ruder“ liefen. Zum Sorgenkind Künzle-Heim hören Sie dann noch mehr bei der Investitionsrechnung.

Sauer aufgestossen ist uns bei der Verpflichtungskreditkontrolle der Zwischenstand der Bauabrechnung bei der Gesamtanierung des Museums. Hier liegen wir bereits fast bei einer halben Millionen über Budget. Auch wenn die Kostenüberschreitung nach Berücksichtigung der Einnahmen nur, aber immerhin 3,8% beträgt, wären Budgetexzesse bei einzelnen Positionen bei einer sorgfältigeren Planung, die nota bene von externen Experten unterstützt wurde, vermeidbar gewesen. Insbesondere dünkt es uns ziemlich blauäugig zu glauben, dass sich bei Starkstromanlagen aus den 30er Jahren keine grösseren Erneuerungskosten ergeben würden. Hier musste mehr als das Doppelte wie geplant aufgewendet werden, was zu Mehrkosten von

fast CHF 390'000.-- führte.

Sorge bereiten uns die Budgetüberschreitungen nicht nur beim Museum und Künzle-Heim. Wenn wir an die KBA Hard denken, hat unsere Fraktion schon bald schlaflose Nächte. Der Verpflichtungskredit wird momentan um CHF 1,384 Mio. überschritten. Die Anlage läuft immer noch nicht so, wie man es sich eigentlich vorstellt; man befindet sich immer noch in der Experimentierphase. Je nachdem, mit wem man von der KBA Hard spricht, tönt es mehr oder weniger zuversichtlich, dass man die Probleme in den Griff bekommt. Unverständlich ist auch hier für unserer Fraktion, dass bei der Projektierung die Bereiche Bautechnik/Infrastruktur gänzlich vernachlässigt wurden, zumal man davon ausgehen durfte, dass zum Beispiel sanitäre Anlagen und Reinräume für das Personal nach 40 Jahren irgendwann an das Ende ihrer Lebenszeit gelangen würden. Auch hier hätte eine sorgfältigere Planung vor bösen Überraschungen bewahrt. Hier von Unvorhergesehenem zu sprechen, ist wirklich euphemistisch. Nur allein in diesem Bereich betragen die Kosten statt der geplanten CHF 4,15 Mio. jetzt happige CHF 7,174 Mio.

Aufgefallen ist der GPK aber auch, dass es bei Bauprojekten keine saubere Abgrenzung der jeweiligen Kompetenzen der Baukommission, des Stadtrates, des Parlamentes und des Volkes gibt. Insbesondere scheint nicht klar zu sein, wer was bei plötzlich auftretenden Problemen, die Mehrkosten verursachen, bewilligen kann. Ist es richtig und zulässig, dass eine Baukommission wie bei der KBA Hard einfach so im Alleingang die Erneuerung der Infrastruktur mit Kosten über CHF 3 Mio. bewilligen kann, weil vergessen wurde, diese an sich sinnvolle Sanierung in den vom Volk abgesegneten Gesamtkredit einfließen zu lassen? Wir haben mit Blick auf Art. 26 und Art. 28 des Finanzhaushaltgesetzes grösste Bedenken, dass dieses Vorgehen gesetzeskonform ist und erwarten vom Stadtrat bis spätestens zum Zeitpunkt der Kreditschlussabrechnung eine Stellungnahme.

Die Ratsdebatte zur Interpellation von Lotti Winzeler zum Neubau des Künzle-Heims liess den Eindruck aufkommen, dass Stadtrat und Baukommission machtlos gegenüber den Begehrlichkeiten und Ansprüchen der Architekten waren, und dass diese ungeachtet der Kosten und Nützlichkeit bestimmten, was Sache ist. Sie sehen: Es besteht akuter Handlungsbedarf, dass die jeweiligen Kompetenzen präziser definiert werden.

Unbefriedigend ist auch der Kommunikationsfluss bei Bauprojekten zwischen Stadtrat, Parlament und GPK. Das Reglement betreffend Pflichtenheft für Baukommissionen vom 30. November 1999 sieht zwar vor, dass die Baukommission eine Informationspflicht gegenüber dem Stadtrat hat, wenn Abweichungen gegenüber dem Vorlageprojekt vorliegen, welche den Kreditrahmen tangieren. Eine Information der GPK, die ja immerhin den Gemeindehaushalt zu überwachen hat, ist hingegen nicht vorgesehen. In den erwähnten Bereichen ist dringend Abhilfe zu schaffen, damit es nicht wieder zu gröberen Pannen à la Schulhaus Zündelgut kommt. Wie wir gehört haben, hat der Stadtrat das Problem erkannt. Wir erwarten nun, dass er bald Lösungen präsentiert.

Ein weiteres Problem ortet unsere Fraktion darin, dass dem Grossen Stadtrat, beziehungsweise der GPK als der für das Rechnungswesen zuständigen Kommission bei solch komplexen Bauprojekten, die sich über mehrere Jahre erstrecken, am Ende keine Gesamtrechnung zur Genehmigung präsentiert wird. Dies ist in vielen Schaffhauser Gemeinden Standard, wie mir diverse Gemeindepräsidenten versichert haben. Es verpflichtet die Exekutive, dem

Kreditgeber, respektive den Repräsentanten des Kreditgebers Rechenschaft über die Verwendung der Mittel zu geben und bietet die Chance, dass Erkenntnisse zur qualitativen Verbesserung bei neuen Projekten nicht ungehört bleiben. Wir fragen uns auch, ob die im Reglement betreffend das Pflichtenheft für Baukommissionen vom 30. November 1999 in Ziffer 3 stipulierte Kompetenz der Baukommission, die Schlussabrechnung zu genehmigen, mit dem übergeordneten kantonalen Recht vereinbar ist. Nach Art. 26 lit. h in Verbindung mit Art. 41 des Gemeindegesetzes obliegt es nämlich dem Parlament, Separatrechnungen zu genehmigen.

Sodann hoffen wir, dass beim Zusammenschluss der Werkhöfe der beiden Tiefbauämter Stadt und Kanton endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden. Laut einer Medienmitteilung des Kantons aus dem Jahre 2009 sollte der neue Werkhof Ende 2012 bezugsbereit sein. Ende 2011 sprach man schon von 2014/2015. Laut Baureferent fehle im Moment noch der schlüssige Nachweis, dass die Zusammenführung der beiden Werkhöfe auch in wirtschaftlicher und organisatorischer Hinsicht erfolgreich sein werde. Mit Verlaub, diese Überlegungen kommen reichlich spät und hätten grundsätzlich am Anfang der Übung gemacht werden sollen. Unsere Fraktion hat das Gefühl, dass wir nach einer anfänglich eher positiven Verhandlungsphase zwischen Stadt und Kanton nunmehr wieder wie beim "Leiterlispiel" auf Feld 1 sind. Wir hoffen schwer, dass dieses Geschäft, das bis jetzt nur viel gekostet hat, aber noch wenig gebracht hat, endlich mit der nötigen Seriosität behandelt wird, wozu vielleicht auch Überlegungen gemacht werden sollten, wer intern den Lead übernehmen sollte.

Wie erwähnt, wird die SVP/EDU-Fraktion auf die Rechnung 2011 der Stadt Schaffhausen eintreten und sie genehmigen. Bei der Detailberatung werden sich allenfalls noch einzelne Votanten melden. Wir danken allen, insbesondere auch den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, für ihren Beitrag zur Rechnung 2011.

Abschliessend darf ich Herrn Stadtrat Peter Käppler daran erinnern, dass er unserem Fraktionskollegen Ernst Spengler aus der Rechnungsdebatte 2010 vom 21. Juni 2011 noch eine Antwort schuldig ist. Da ich davon ausgehe, dass dies nicht mehr allen von Ihnen präsent ist, werde ich Ihnen kurz die entsprechende Passage aus dem Protokoll vorlesen:

Wortmeldung Ernst Spengler, Seite 32 und Seite 38:

"Seite 32, Stadtkanzlei, Position 301.000, ist folgender Kommentar aufgeführt: Seit Mai 2010 ist die Rechtsberatung Bau und Umwelt wieder im Rechtsdienst des Stadtrats bei der Stadtkanzlei eingegliedert. Die entsprechenden Besoldungsanteile in der Höhe von CHF 70'500.-- wurden aus dem Budget Bausekretariat zur Stadtkanzlei übertragen.

Seite 38, Bausekretariat: Budgetübertragung auf Konto 0220.301.100 SRB CHF 70'500.--. Budgetiert waren hier Besoldungen CHF 570'000.-- minus CHF 70'000.-- = CHF 500'000.--, ausgewiesen wurden CHF 650'000.--. Ich möchte wissen, woher die CHF 150'000.-- stammen. In solchen Fällen wäre ein aufschlussreicher Kommentar wertvoll. "

SR Peter Käppler:

"Die Verschiebung steht meines Erachtens im Zusammenhang mit der Umorganisation beim Bausekretariat, Immobilien und dem Werkhof Hochstrasse, die wir auch der GPK an einer Sitzung ausführlich präsentiert haben. Vieles davon war allerdings anlässlich des Budgetprozesses noch nicht im Detail bekannt. Ich liefere

Ihnen die verlangte Information aber gerne zu einem späteren Zeitpunkt nach. “

Nun sind wir natürlich alle auf die Antwort des Baureferenten gespannt. “

Rainer Schmidig (EVP)

OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung

”Für einmal werde ich es kurz machen: Der GPK-Präsident hat die Rechnung und die Diskussionen in der GPK ausführlich dargelegt. Die OeBS/CVP/EVP-Fraktion wird auf die Rechnung 2011 eintreten und ihr auch zustimmen. Wir sind erfreut, dass die Rechnung trotz einem ungünstigen Umfeld positiv abschliesst und bei einem gleichbleibend ansehnlichen Investitionsvolumen die ungedeckte Schuld abgenommen hat.

Unserer Fraktion ist es ein grosses Anliegen, allen Beteiligten für die verantwortungsvolle und grosse Arbeit zugunsten der Stadtbevölkerung im Laufe des vergangenen Jahres ganz herzlich zu danken. Das gute Resultat konnte nur dank seriöser Budgettreue erreicht werden. Sicher sind auch einige für die Rechnung günstige Umstände wie der Verkauf des Bleiche-Areals eingetreten. Doch diese Einnahmen konnten auch nur durch umfangreiche Vorarbeiten, wie die Verlegung des Bushofs erreicht werden.

Allenfalls werden wir uns noch zu einzelnen Punkten äussern. “

Christa Flückiger (SP)

SP/AL-Fraktionserklärung

”Ich darf es vorweg nehmen, die SP/AL-Fraktion wird auf die Rechnung 2011 einstimmig eintreten und dieser auch ohne Gegenstimme oder Enthaltung zustimmen. In der Medienmitteilung konnten Sie lesen, dass die Einnahmenüberschüsse hauptsächlich aus einmaligen Ereignissen wie Buchgewinne aus den Verkäufen des Areals Bleiche und der Liegenschaft „Haus zur Wasserquelle“ stammen. Auf der Gegenseite wurden zudem sehr wenige Investitionen getätigt und die sehr anspruchsvolle Budgetdisziplin in der Verwaltung konnte weitgehend eingehalten werden. Geforderte Sparmassnahmen haben ebenfalls gefruchtet und tragen wesentlich zum guten Ergebnis bei. Der Personalaufwand bei der Verwaltung ist erneut tiefer ausgefallen und die Lohnsumme der Verwaltung steigt daher nicht an. Alles schön und gut. So ist auch unsere Fraktion über das Ergebnis erfreut, und dennoch bleibt ein fahler Nachgeschmack.

Wir werden weiter ein Adlerauge darauf haben, wenn es darum geht, Buchgewinne durch den Verkauf von Liegenschaften zu erzielen. Wir werden weiter den Finger darauf legen, wenn es darum geht, kontinuierlich den Personalabbau auf Kosten des Service public zu forcieren; wir werden auch weiter dafür kämpfen, dass trotz Sparmassnahmen Investitionen in die Infrastruktur unserer Stadt getätigt werden. Lebensqualität und optimale Dienstleistungsangebote sind für eine attraktive Stadt unumgänglich, insbesondere, was die Nachhaltigkeit, aber auch den guten Ruf einer funktionierenden und bürgerfreundlichen Verwaltung ausmacht. Wir haben in diesem Rat schon mehrmals verlauten lassen, dass nicht am falschen Ort gespart werden darf. Falsches Sparen generiert schlussendlich höhere Schulden. Aus der Rechnung 2011 ist ersichtlich, dass die tieferen Steuererträge, namentlich bei den juristischen Personen, schwer ins Gewicht fallen. Umso mehr ist es unsere Aufgabe und Pflicht, dafür zu sorgen, dass mit neuem Wohnraum - Stichwort Wohnraumentwicklung - Neuzuzüger in unsere Stadt ziehen. Diese kommen aber nicht nur der Wohnungen

wegen, ebenso wichtig ist das Label einer gesunden, attraktiven und leistungsfähigen Stadt. Dazu werden wir aber noch anlässlich der Budgetdebatte 2013 diskutieren können.

Für einige in diesem Rat mag es jetzt wohl tönen, als ob die SP/AL-Fraktion bedenkenlos und ohne jede Auflagen Gelder verteilen und ausgeben möchte, wie es ihr gerade gefällt. Ich kann Sie beruhigen, auch wir haben unsere Vorstellungen und achten genau auf die Verteilung der Gelder. So haben auch wir in der Fraktion feststellen müssen, dass es Budgetpositionen gibt, die unsere Aufmerksamkeit verdienen. Unsere Vertreter der GPK haben diese dann auch in die Fragenkataloge aufgenommen. Insgesamt haben wir sachlich kompetente und einleuchtende Antworten seitens des Stadtrates entgegennehmen dürfen.

Auch was die Verpflichtungskredite anbelangt sind wir in unserer Fraktion zum Schluss gekommen, dass die Kommunikation selbstverständlich transparent geschehen muss. Das heisst, sollte in einem festgelegten Projekt plötzlich Unerwartetes zum Vorschein kommen und der Entschluss reifen, trotz Nichtplanung sei die Umsetzung zum jetzigen Zeitpunkt sinnvoller, muss dieser Antrag von der Baukommission (welche übrigens zurzeit immer einen Vertreter oder eine Vertreterin in der Baufachkommission hat) in die Fraktionen. Dieser Informationsfluss sollte eigentlich gewährleistet sein. Was jetzt noch fehlt, und dies haben wir heute Abend schon mehrmals gehört, ist die Verbindung der Baukommission zur GPK, die von Seiten des Stadtrats zu gewährleisten ist. Dies wurde bereits an der letzten GPK-Sitzung vom 14. Juni 2012 ausführlich diskutiert, vom Stadtrat ebenfalls festgestellt und zur Kenntnis genommen und mit dem Versprechen, beziehungsweise dem Vorschlag, dies künftig zu berücksichtigen, protokollarisch festgehalten.

Unsere Fraktion hat diese Verbesserungsvorschläge wohlwollend zur Kenntnis genommen und hofft auf einen steten und transparenten Informationsfluss, damit Budgetabweichungen verständlicher aufgenommen und auch nachvollziehbar werden. Zudem sind wir der Meinung, dass diese Diskussionen bei der Rechnungsdebatte heute Abend keinen Platz haben, zumal zu den zur Diskussion stehenden Grossprojekten noch keine abschliessenden Bauabrechnungen vorliegen. Wir sind der Meinung, dass erst dann abschliessend darüber diskutiert werden kann.

Abschliessend bedanken wir uns bei allen Beteiligten für die grosse Arbeit. Wie anfänglich erwähnt, wird die SP/AL-Fraktion einstimmig auf die Rechnung 2011 eintreten und ihr zustimmen. "

SR Peter Neukomm (SP)

Stellungnahme

"Einleitend möchte der Stadtrat seinen Dank an folgenden Personenkreis richten:

- An den GPK-Präsident für seinen profunden Bericht über die GPK-Beratungen,
- an die GPK-Mitglieder für die seriöse Prüfung des Abschlusses und die Sachlichkeit der Beratungen,
- an die Ratssekretärin Gaby Behring für die schnelle und professionelle Protokollierung,
- an die Zentralverwaltung für die zeitgerechte und verlässliche Erstellung des Abschlusses,
- an die Mitarbeitenden der Verwaltung, Heime, Betriebe und Werke für ihre hohe Ausgabendisziplin und ihren wertvollen Beitrag an das Ergebnis des

- Abschlusses mit einer Nullrunde beim Lohn,
- an alle, ob natürliche oder juristische Personen, die mit ihrer guten Zahlungsmoral bei der Begleichung von Steuern und Gebühren es erst ermöglichen, dass wir unserer Bevölkerung ein qualitativ hochwertiges Angebot bieten können.

Happy End trotz schwieriger Ausgangslage:

Der Jahresabschluss wird hauptsächlich am Ergebnis gemessen. Dieses ist mit CHF 2,8 Mio. Ertragsüberschuss natürlich unerwartet positiv. Hinter dem Zustandekommen dieses Ergebnisses stehen aber diverse positive wie negative Faktoren, auf die ich in der Folge kurz eingehen werde. Bei der Budgetierung war uns bereits klar, dass das Jahr 2011 - trotz Nullrunde beim Lohn - ein finanziell sehr schwieriges Jahr werden würde. Der SR hat deshalb im Januar 2011 allen Bereichen nach der Verabschiedung des Budgets im GrSR eine zusätzliche Sparvorgabe beim Sachaufwand gemacht. Erfreulicherweise wurde dieser Auftrag fast ausnahmslos erfüllt.

Ohne die ausserordentlichen Vermögenserträge aus Liegenschaftenverkäufen wäre das budgetierte Defizit von CHF 4,4 Mio. nicht zu vermeiden gewesen. Verantwortlich dafür sind aber weder die Verwaltung, noch die Betriebe oder Werke. Hauptverantwortlich sind der Einnahmeeinbruch bei den Steuern als Nachwirkung der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die in den vergangenen Jahren stark angestiegenen, kommunal nicht beeinflussbaren Mehrausgaben, insbesondere bei der sozialen Wohlfahrt, in der auch die Altersbetreuung und der Gemeindeanteil der Krankenkassenprämienverbilligung enthalten sind. Das wird aus der Übersicht der Bruttoausgaben nach funktionaler Gliederung ersichtlich: Soziale Wohlfahrt 2008: CHF 62,2 Mio.; 2011: CHF 75,3 Mio. Das sind innert 3 Jahren brutto über CHF 13 Mio. mehr. Wie wir aus dem Sozialreferat wissen, steigt auch der Druck auf die kommunale Sozialhilfe kontinuierlich.

Bei Entwicklungsstrategie auf Kurs:

Auch wenn der finanzielle Handlungsspielraum der Stadt aufgrund des schwierigen Umfelds und den Steuerentlastungen der vergangenen Jahre sehr bescheiden bleibt, gibt es gute Gründe zuversichtlich zu sein. Hinsichtlich unserer erfolgsversprechenden Entwicklungsstrategie sind wir auf Kurs. Nach einer Zeit der Stagnation und der Abwanderung sind wir zu einer positiven Entwicklung zurückgekehrt, was sich auch in einer steigenden Bevölkerungszahl niederschlägt. Schaffhausen ist wieder attraktiv für Investoren, für Unternehmen und für natürliche Personen. Der Halbstundentakt der Bahn nach Zürich ab Dezember 2012 wird dieser Entwicklung weiteren Schub verleihen. Wir dürfen hier die Chance nicht verpassen und müssen deshalb einerseits weiterhin in die Standortattraktivität investieren und andererseits das Wohnraumangebot verbessern. Stichworte dazu sind: Wohnraumentwicklung, Agglomerationsprogramm, Schulraumentwicklung, RSE-Projekte, Reduktion Verwaltungsstandorte oder Masterplan Rheinufer.

Mit dem Finanzplan 2013-16, der Ihnen mit dem Budget 2013 zugestellt wird, soll aufgezeigt werden, wie diese grosse Herausforderung gemeistert werden kann. Damit unsere Finanzen im Lot bleiben, werden wir nicht um klare Priorisierungen herumkommen. Zudem sollen mit der Vorlage zur Motion Wullschleger, die sie in den Sommerferien 2012 zugestellt erhalten, konkrete Aussagen zur Verschuldungsentwicklung gemacht werden. Klar ist, dass wir Einnahmen aus weiteren Devestitionen brauchen, um neue Investitionen mitfinanzieren zu können. Auch sind wir darauf angewiesen, dass wir bei der Laufenden Rechnung weitere

Entlastungen erzielen. Dazu beitragen werden die neue Immobilienstrategie, die 73 Massnahmen der Systematisierten Leistungsanalyse SLA wie auch die geplanten Organisationsoptimierungen bei der Neustrukturierung der Referate im Hinblick auf fünf gleich grosse Stadtratspensen sowie bei anstehenden Pensionierungen auf Kaderstufe.

Zur Jahresrechnung im Detail:

Im Vergleich zum Budget resultierte ein Mehraufwand von CHF 3,5 Mio. und ein Mehrertrag von CHF 10,7 Mio.

a) Ertrag von CHF 224,1 Mio.:

Ich erlaube mir, nur Ausführungen zu den Steuereinnahmen zu machen, weil es zu den übrigen Einnahmen keine Besonderheiten gibt und sie zum Teil sehr genau budgetiert worden sind. Der Steuerertrag von CHF 112 Mio. ist im Vergleich zu den beiden Vorjahren um 2% respektive 4% geschrumpft. Er liegt CHF 2 Mio. unter dem Voranschlag und CHF 3,8 Mio. unter der Rechnung 2010. Der bedeutendste Ertragseinbruch findet sich bei den Steuern der juristischen Personen, wo wir uns bei der Budgetierung auf die Angaben des Kantons abstützen müssen. Mit CHF 17.1 Mio. bleiben diese CHF 3,3 Mio. unter Budget. Hier hat sich mit Verzögerung die Finanz- und Wirtschaftskrise ausgewirkt. Ich erinnere daran: 2007, das heisst im letzten Jahr vor der Revision der Unternehmenssteuern, haben wir von den Unternehmen noch CHF 32 Mio. - also fast das Doppelte - eingenommen.

Das Steuersoll der natürlichen Personen lag mit CHF 78,9 Mio. rund CHF 2,4 Mio. unter Budget. Hier fielen die Zu- und Abrechnungen der Vorjahre unerwartet stark ins Gewicht. Dank der Quellensteuer, die nach einem weiteren Anstieg fast CHF 10 Mio. erreichen, bleiben die Einnahmen der natürlichen Personen einigermassen stabil. Zum Glück konnte dieser Einbruch bei den Steuereinnahmen durch eine Steigerung der Vermögenserträge aufgefangen werden. Diese fielen mit CHF 19,3 Mio. um CHF 8,7 Mio. höher aus als budgetiert. Die einmalige Steigerung der Vermögenserträge beruht auf den Buchgewinnen auf Anlagen des Finanzvermögens über CHF 11,1 statt den budgetierten CHF 3 Mio. Das hat vor allem mit dem Verkauf der Liegenschaften Wasserquelle und der Bleiche zu tun.

Zum Verkaufserlös der Bleiche möchte ich noch etwas zu bedenken geben: Dieser Verkaufserlös ist uns nicht einfach in den Schoss gefallen. Um diesen Verkaufserlös erzielen zu können, waren hohe Investitionen von rund CHF 10 Mio. nötig. Die Stichworte dazu lauten Landhaus und Bushofverlegung. Ich habe der GPK dazu eine Kostenzusammenstellung verteilt. Zudem gehen uns mit dem Verkauf der Bleiche jährlich wiederkehrende Parkplatzeinnahmen von rund CHF 0,5 Mio. verloren. Auf der anderen Seite erwarten wir natürlich aus der erstellten Überbauung einen positiven Effekt, nicht nur volkswirtschaftlich, sondern auch bei unseren Steuereinnahmen, welche die Ausfälle mehr als kompensieren sollten.

Zu Katrin Hauser-Lauber: Der Verkaufserlös aus der Bleiche konnte 2010 nicht budgetiert werden, weil zur Zeit der Budgetierung für das Jahr 2011 noch gar nicht sicher war, ob die Steiner AG einen Investor finden würde, der in den Kaufrechtsvertrag eintreten würde. Glücklicherweise ist dann die AXA AG eingetreten, aber erst am 25. März 2011. Wir können uns nur an Fakten halten und nicht "auf gut Glück" budgetieren.

b) Aufwand von CHF 221,3 Mio.:

Der Anstieg der Ausgaben in der Laufenden Rechnung ist im Vergleich zum Budget

nicht primär durch zusätzlichen Verwaltungsaufwand, sondern durch höhere Abschreibungen und interne Verrechnungen verursacht worden.

Erfreulich ist einmal mehr, dass unsere Anstrengungen, den beeinflussbaren Aufwand im Griff zu halten, gefruchtet haben: Die Personalkosten bleiben mit CHF 96,7 Mio. rund CHF 1,9 Mio. unter Budget. Hier hat auch die Nullrunde beim Lohn mitgeholfen. Im Vergleich zur Rechnung 2010 ist der Personalaufwand um CHF 1.5 Mio. angestiegen. Diese Steigerung kommt allein aus der Altersbetreuung, unsere Einflussmöglichkeiten sind dort sehr beschränkt. Die steigenden Personalkosten sind hauptsächlich abhängig von den BESA-Pflegeleistungspunkten der Heimbewohnenden. Der Personalaufwand der Verwaltung im engeren Sinn konnte bereits zum dritten Mal in Folge reduziert werden.

Der Sachaufwand bleibt mit CHF 32,3 Mio. um CHF 0,3 Mio. tiefer als im Voranschlag. Neben dem zusätzlichen Sparauftrag des SR hat sich hier auch die hohe Ausgabendisziplin der Verwaltung positiv ausgewirkt. Die stärkste Aufwandsteigerung im Vergleich zum Budget findet sich bei den Abschreibungen über CHF 15,3 Mio. Sie fielen CHF 3,9 Mio. höher aus als budgetiert. An dieser Stelle komme ich auf die Aussage von Dr. Cornelia Stamm Hurter zurück, die aussagte, der Stadtrat habe die Abschreibungen bewusst über das vom Finanzhaushaltsgesetz geforderte absolute Minimum von 10% erhöht, um eine Steuersenkung zu verhindern. Das ist absoluter Quatsch. Bei einem solchen Abschluss, der vor allem dank ausserordentlicher Einnahmen positiv ausfiel, kann ja wohl niemand ernsthaft eine wiederkehrende Einnahmereduktion durch Steuersenkungen begründen. Ich weise in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Abschreibungen eigentlich etwas Positives sind, indirekt sind sie eine Schuldentilgung. Bei einer Reduktion der Abschreibungen auf das absolute gesetzliche Minimum von 10% müssen gewisse Abschreibungsregeln auch "geritzt" werden, wir befinden uns immer auch in einem Dilemma. Zu guter Letzt haben wir im Bericht auch begründet, warum die Abschreibungen höher sind: Es sind die rekordhohen Investitionen des Jahres 2010, die hier durchschlagen, es sind die neuen Abschreibungsregeln, wonach Investitionen unter CHF 100'000.-- (anstatt CHF 50'000.--) sofort abgeschrieben werden, und CHF 1,6 Mio. zusätzliche Abschreibungen für die Kanalisation, die aufgrund eines Hinweises des Mehrwertsteuerrevision, die nicht budgetiert werden konnten. So viel zum Thema Abschreibungen.

Der Aufwand für die Passivzinsen von CHF 4,63 Mio. konnte bereits zum dritten Mal in Folge reduziert werden. Aufgeblasen wird die Rechnung durch eine Zunahme der internen Verrechnungen gegenüber dem Budget um CHF 2,7 Mio. auf CHF 10,9 Mio.

Die Stadt hat ihre Kosten also im Griff. Das zeigt sich auch an den rekordtiefen Nachtragskrediten in der Laufenden Rechnung über CHF 663'700.--. Aus der funktionalen Übersicht, die Sie auf Ihren Pulten vorfinden, ist ersichtlich, dass in verschiedenen Bereichen sehr zurückhaltend mit den finanziellen Mitteln gewirtschaftet wurde: Der Aufwand für die Verwaltung ist mit CHF 20,6 Mio. im vierten Jahr in Folge rückläufig, respektive stabil. Rückläufig waren 2011 die Ausgaben für Kultur und Freizeit, für den Verkehr, für die Bildung und für die Volkswirtschaft. Den starken Anstieg der Kosten für die Soziale Wohlfahrt habe ich bereits zu Beginn erwähnt.

c) Bei den Investitionen war die Stadt 2011 sehr zurückhaltend. Dies ist auf den ersten Blick zwar nicht ersichtlich, weil in den Zahlen der Investitionsrechnung hohe buchhalterische Effekte enthalten sind. Die effektiven Nettoinvestitionen liegen mit

CHF 6,7 Mio. einmalig tief. Nach dem Rekordjahr 2010 haben wir diese Verschnaufpause gebraucht.

d) Alle Finanzkennzahlen haben sich mit dem Abschluss 2011 verbessert: Weil die Nettoinvestitionen tief sind und viel abgeschrieben werden musste, verbleibt ein Finanzierungsüberschuss von CHF 3,7 Mio. und ein Selbstfinanzierungsgrad von 155%. Besonders erfreulich ist, dass wir aufgrund dieses positiven Ergebnisses die ungedeckte Schuld um CHF 15,2 Mio. und die festen Schulden um CHF 6,6 Mio. reduzieren konnten. Die ungedeckte Schuld pro Kopf der Bevölkerung liegt damit wieder unter CHF 2'000.--.

Unsere Verschuldung erweist sich damit im inner- wie interkantonalen Vergleich als absolut moderat, was auch von der kantonalen Finanzaufsicht bestätigt wird. Hier kann man wirklich sagen, dass ein unwahre Aussage nicht wahr wird, weil man sie tausend Mal wiederholt. Es gibt keinen Schuldenberg in der Stadt Schaffhausen. Wer von massiven Schulden spricht, ist meiner Meinung nach image- und geschäftsschädigend. Diejenigen, die dies behaupten, wissen ganz genau, was für ein Rating die Stadt Schaffhausen hat; wir sind bei unseren Kreditgebern aufgrund unserer Zahlen ein sehr guter Wert. Zudem ist in diesen Zahlen nicht berücksichtigt, dass wir über ein zu tief bewertetes Finanzvermögen und eine hohe Steuerkraft verfügen. Das Eigenkapital erreicht leider trotz einer Steigerung von CHF 13,7 Mio. auf CHF 16,6 Mio. immer noch nicht die anvisierten 10% der Bilanzsumme. Die Zinsbelastungsquote sinkt nochmals auf sehr tiefe 0.09%.

Fazit und Ausblick:

Der Abschluss 2011 ist als unerwartet erfreulicher Zwischenschritt auf einem anspruchsvollen Weg zu einem auch längerfristig wieder solid finanzierten Haushalt zu werten. Er erlaubt finanziell eine kurze Verschnaufpause in einem herausfordernden Prozess, in welchem wir weiter investieren müssen, um wieder ernten zu können. Der Anstieg der Ausgaben in der Laufenden Rechnung im Vergleich zum Budget ist nicht durch zusätzlichen Verwaltungsaufwand, sondern primär durch höhere Abschreibungen und interne Verrechnungen verursacht worden. Im Vergleich zur Rechnung 2010 fallen hier vor allem die steigenden Kosten in der Altersbetreuung ins Gewicht.

Positiv zu werten ist die Tatsache, dass die Stadt die beeinflussbaren Kosten im Griff hat: Dies wird durch die hohe Budgetdisziplin, die rekordtiefen Nachtragskredite und den stagnierenden bis sinkenden Personal- und Sachaufwand belegt. Dank tiefer Investitionen und nicht budgetierter einmaliger Vermögenserträge konnten die Ertragseinbrüche bei den Steuern und die steigenden Kosten der sozialen Wohlfahrt mehr als kompensiert werden. Dies führte zu einem Ertragsüberschuss in der Laufenden Rechnung und zu einer Verbesserung aller Finanzkennzahlen. Als Folge davon konnten die Schulden spürbar auf ein moderates Niveau reduziert werden.

Die Luft wird 2012 und 2013 noch dünn bleiben. Vieles hängt davon ab, wie sich die Konjunktur in unserem Land und das europäische Umfeld entwickeln werden. Und da gibt es doch recht hoffnungsvolle Signale; ich sehe dies etwas anders als der GPK-Präsident. Weil sich die Schweizer Wirtschaft bisher unerwartet gut entwickelt hat, haben die Konjunktexperten ihre aktuellen Wachstumsprognosen für das Gesamtjahr 2012 von 0.8% auf 1.2% nach oben korrigiert. Für 2013 wird aktuell mit einem BIP-Wachstum von 1.7% gerechnet. Entsprechend positiv wird die Entwicklung am Arbeitsmarkt beurteilt. Für 2012 und 2013 wird eine durchschnittliche Arbeitslosenquote von 3.1% sowie 3.2% vorausgesagt.

Nun noch zu den befürchteten massiv hohen Kostenüberschreitungen bei den grossen Bauprojekten KBA Hard, KSS-Eishalle, Künzle-Heim und Museum: Es geht nicht an, aufgrund der Verpflichtungskreditkontrolle der Jahresrechnung über hohe Kostenüberschreitungen bei langjährigen Bauprojekten zu spekulieren, diese Spekulation für eine politische Abrechnung zu missbrauchen und damit Wahlkampf zu betreiben. Diejenigen, die schon länger im Rat sind, und dies gilt meiner Meinung nach auch für Till Hardmeier und Dr. Cornelia Stamm Hurter, müssten eigentlich wissen, dass die Verpflichtungskreditkontrolle einen sehr unvollständigen Überblick über den finanziellen Stand von Bauprojekten gibt. Daraus sind nämlich verschiedene wichtige Aspekte nicht ersichtlich. Das gilt zum Beispiel für die aufgelaufene Bauteuerung, die bei den erwähnten Projekten in einem Bereich von knapp CHF 1 bis fast CHF 2,4 Mio. liegt. Auch ausstehende Beiträge Dritter wie zum Beispiel des Kantons - beim Künzle-Heim über CHF 2 Mio. - oder noch offene Auseinandersetzungen über Forderungen mit den am Bau beteiligten Unternehmen, gehen aus der Verpflichtungskontrolle nicht hervor.

Wir werden deshalb heute keine Debatte über mutmassliche Kostenüberschreitungen von Bauprojekten oder über Projektänderungen, die eventuell nicht mehr von den ursprünglichen Abstimmungsvorlagen gedeckt waren, führen. Die Schlussabrechnungen der erwähnten Grossprojekte werden bald vorliegen, diejenigen zur KSS-Eishalle und zum Künzle-Heim nach den Sommerferien. Sie werden dem Rat und der GPK mit Berichterstattungen zur Kenntnis vorgelegt. Dannzumal ist auch der Zeitpunkt für Diskussionen. Ich kann Ihnen aber schon heute in Aussicht stellen, dass die Abweichungen bescheiden bleiben werden. Zudem weise ich Sie auch daraufhin, dass grössere Bauvorhaben wie die Sanierung der Bühl-Sportanlagen oder das Projekt im Waldfriedhof unter den bewilligten Kosten abschliessen werden. Hier eine PUK aufgrund vom Hörensagen zu fordern, erscheint mir reichlich unseriös.

Berechtigt ist die aufgeworfene Frage, ob der Infofluss aus den Baukommissionen während der langen Dauer von grösseren Projekten genügend gewährleistet werden kann. Hier bieten wir gerne Hand für Verbesserungen, die auch in unserem Interesse liegen, weil wir keine Angst vor Transparenz haben. Wir schlagen Ihnen deshalb vor, dass der SR jeweils im Rahmen der Beratung der Jahresrechnung der GPK ein kurzes Reporting zu den grösseren Bauprojekten unterbreitet, damit diese auf dem Laufenden ist. Wir können uns auch eine Anpassung des Pflichtenhefts der Baukommission vorstellen. Aber nochmals: Heute ist nicht der richtige Zeitpunkt für diese Diskussionen.

Ich komme zum Schluss: Sie haben gehört, dass die Finanzkontrolle dem GPK-Präsidenten mit Zwischenbericht vom 14. Juni 2012 mitgeteilt hat, dass es aus Sicht der Revision und den bisherigen, noch nicht abgeschlossenen Prüfungen keine Einwände gegen die Abnahme der Jahresrechnung 2011 der Stadt durch den GrSR gibt. Der SR beantragt Ihnen, auf die Rechnung 2011 einzutreten und dem Antrag zuzustimmen. "

SR Peter Kämpfer

Stellungnahme

"Ich nehme wie folgt Stellung zu den angesprochenen Fragen:

Baukommission/Bauabrechnungen:

Es wurden bereits an der letzten GPK-Sitzung vom 14. Juni 2012 Fragen betreffend die Bauabrechnungen gestellt, die entsprechend erläutert werden konnten. Allerdings

hatten wir uns nicht auf solche Fragen vorbereiten können, da diese erst anlässlich der Elefantenrunde aufgeworfen wurden. Bei Bauprojekten, welche von einer Volksabstimmung genehmigt wurden, wird eine Baukommission eingesetzt (Reglement RSS 700.5). Diese begleitet das Bauprojekt und genehmigt die Schlussabrechnung zuhanden des Stadtrates und Parlamentes. Gemäss Pflichtenheft ist die Baukommission in Pflicht, das Vorlagenprojekt als Grundlage für die Baueingabe zu sichten sowie die Kontrolle über allfällige Projektanpassungen baulicher, betrieblicher und finanzieller Hinsicht inne zu halten. Das Ziel der Baukommission ist eine Projektbegleitung zwischen Kreditgenehmigung und Inbetriebsetzung, respektive Bauvollendung. Die Fragen, ob es sich bei Entscheiden der Baukommission möglicherweise um Projektänderungen handelt, welche von der Abstimmungsvorlage nicht gedeckt sind, werden jeweils sensibel und ausführlich diskutiert. Die Mitglieder der Baukommission sind sich bewusst, dass eine effektive Projektänderung gegenüber der Vorlage nicht stattfinden darf. Im Schlussbericht eines Bauprojektes zuhanden des Parlamentes wird auf solche Anpassungen und darauf, wo geteilte Meinungen entstehen, jeweils inklusive Entscheidungsbegründung hingewiesen.

Bei den drei Grossprojekten Eishalle, QDZ Künzle-Heim und Museum sind diese Bauabrechnungen in Ausarbeitung und werden im Falle der KSS und des QDZ über die Ferienzeit finalisiert. Wie bereits auch von SR Peter Neukomm ausgeführt, signalisiert der SR die Bereitschaft, das Reglement der Baukommission zu überarbeiten, da gewisse Fragen bezüglich Kompetenzdelegation geprüft werden sollen. Wie auch von Dr. Cornelia Stamm Hurter schon erwähnt, muss überprüft werden, ob dies mit dem Gemeindegesetz übereinstimmt. Die Arbeit einer Baukommission ist sehr intensiv und die Verantwortung entsprechend hoch. Ich bedanke mich an dieser Stelle bei den Mitgliedern der Baukommissionen, die in diesem Saal anwesend sind, für ihre engagierte Arbeit und bin überzeugt, dass die Mitglieder des Grossen Stadtrats ihre Tätigkeit verantwortungsvoll ausüben. Im Zusammenhang mit den Diskussionen betreffend KBA Hard ist es für die Mitglieder der Baukommission sehr belastend, die richtigen Entscheide zu fällen, und diese werden keineswegs auf die leichte Schulter genommen. Wir sind uns einig, dass gerade bei langfristigen Projekten ein Reporting während des laufenden Prozesses stattfinden sollte, nicht nur an den Stadtrat, sondern auch an die Baufachkommission, die GPK und ans Parlament. Als Beispiel möchte ich das Projekt KBA Hard erwähnen, das bis zur Fertigstellung rund 10 Jahre unterwegs ist. Zu beachten gilt es auch, dass die Verpflichtungskreditkontrolle ein falsches Bild über den tatsächlichen Stand der Arbeiten abgibt. Wir werden im Detail informieren, sobald die Schlussabrechnungen vorliegen.

Ich hoffe, Ihnen entweder zusammen mit den Bauabrechnungen oder mit separatem Stadtratsantrag einen Vorschlag unterbreiten zu können, wie das Reglement der Baukommission überarbeitet werden kann. Ein Grossprojekt unterliegt einem laufenden Prozess, das Parlament kann deshalb nicht permanent angerufen und über den neusten Stand informiert werden. Die Kompetenzdelegation an die Baukommission macht deshalb Sinn. Müssten sämtliche Entscheide, die es während des laufenden Bauprozesses zu fällen gibt, dem Parlament unterbreitet werden, würde dies zu enormen Verzögerungen führen. Es ist aber auch klar und das oberste Ziel, dass der Kreditrahmen eingehalten werden muss. Das Kostencontrolling ist bei jeder Baukommissionssitzung das Haupttraktandum und wird genauestens überprüft. Ich bin froh, dass unser Controller Werner Bianchi die Bauabrechnungen nachführt und entsprechend interveniert, wenn gewisse Abgrenzungen nicht stimmen. Die Baukommission ist deshalb jederzeit bestens informiert und auf dem aktuellen Stand.

Aber - wie gesagt - das Parlament verfügt nicht über diesen Wissensstand; hier besteht Handlungsbedarf.

Kurzer Zwischenbericht zur KBA Hard:

Till Hardmeier hat mich konkret zum Zwischenstand bei der KBA Hard angesprochen und erwähnt, diese sei noch gar nicht in Betrieb. Die gesamten Umbauarbeiten finden unter laufendem Betrieb statt und werden etappenweise umgesetzt. Die Kosten sind ziemlich genau bezifferbar, da alle Apparaturen installiert und bereits bezahlt sind; die Schlussphase des "Hochfahrens" läuft zurzeit. Die ersten Inbetriebnahmen haben bereits Januar 2010 begonnen (Werkseinfahrt, Waage, Handablad und Hallen 1-4), im Herbst 2010 wurde das umgebaute Betriebsgebäude bezogen, ab April 2011 ging die ganze Schwarz-Trockenaufbereitung in Betrieb (Bunker, Bunkerkrane, Zerkleinerer, Fördertechnik, Ballenpresse, Ballenwickler und Ballenlagerplatz); auch die Tierkörperbeseitigungsanlage wurde damals in Betrieb genommen; im Sommer 2011 folgte das Abluftsystem (inklusive Wäscher und Chemikalienablage) und im Herbst 2011 die Grün-Trockenaufbereitung (Bunker, Zerkleinerer, Entsafter und Fördertechnik). Die Anlage geht definitiv „in Betrieb“, wenn, wie geplant, Ende Sommer 2012 die Biogasverwertung läuft und wir als Stromproduzent „am Netz“ sind. Die Gasproduktion muss hochgefahren werden, das heisst, die Tanks müssen gefüllt sein; die Vergärung funktioniert nur, wenn genug Materie vorhanden ist. Auch hier wurde die Verwaltungskommission des Kläranlageverbands laufend informiert und hat gewisse Nachtragskredite genehmigt

Abschliessend komme ich zur Beantwortung der Frage von Ernst Spengler und entschuldige mich dafür, dass diese bisher noch nicht beantwortet wurde; dies ist ein Versäumnis unsererseits.

Bei der Budgetierung für das Jahr 2010 im Mai 2009 wurden die Stellenprozente von verschiedenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht oder falsch berücksichtigt. Es wurde auf der Basis des Budgets 2009 minus der Lohnsumme der Nachfolgerin (Rechtsberaterin) von Konrad Waldvogel (Verschiebung zur Stadtkanzlei) budgetiert. So wurden nur 470 Stellenprozente budgetiert, obwohl effektiv 570 Stellenprozente vorhanden waren (Vorjahr Budget 520%). Die Anpassung an die effektiven Stellenpensen innerhalb des Baureferates (Abteilung Stab und Immobilien) hat man nicht berichtet, wodurch diese Budgetüberziehung in der Stabstelle erfolgt ist. Die Abgrenzungen sind nun genau erfolgt.

Wie Sie aus dem Vergleich der beiden Positionen 6000.301.000 und 6100.301.000 ersehen können, sind die Besoldungen im vergangenen Jahr sogar leicht tiefer als in der Rechnung 2009 und im Budget 2012 nochmals um CHF 27'000.-- tiefer als in der Rechnung 2011. Im gesamten Baureferat konnten trotz der verschiedenen Umstrukturierungen die Lohnkosten tiefer gehalten werden als im Vorjahr. Die Abteilung Controlling stellt ein sehr gutes Lohnkostencontrolling-Instrument zur Verfügung, wonach wir "abteilungsscharf" genauestens überprüfen können, ob die Vorgaben des Budgets eingehalten werden oder nicht. Ich bin sehr froh über diese zusätzliche Dienstleistung des Controllings. Ich kann Ernst Spengler bei Bedarf auch eine vertrauliche Tabelle aushändigen. "

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)

Votum

"Ich erlaube mir noch einige Zusatzbemerkungen zum Votum von SR Peter Neukomm. Nach dem Studium der letztjährigen Budget-Ratsdebatte und der Voten muss ich zur Ehrrettung von Katrin Hauser-Lauber sagen, dass sie recht hatte. Wir

haben damals CHF 3 Mio. für den Verkauf der Bleiche budgetiert. Man hätte also entweder gar nichts oder den ganzen Betrag budgetieren können.

Bemerkung zur Aussage des Finanzreferenten, wir hätten rund CHF 10 Mio. zur Freispielung des Areals Bleiche aufgewendet:

Wenn Sie die entsprechende Aufstellung studieren, figurieren dort einige Positionen, die nichts mit dem Areal Bleiche zu tun haben (zum Beispiel Planung Zentrum Landhaus). Es werden hier Äpfel mit Birnen verglichen. Die Infrastruktur des Bushofs war minimal und bestand aus einem kleinen Unterstand. Was wir aber heute haben, ist eine sehr komfortable Lösung gleich anschliessend an die Bahnhofstrasse; es wurde damit ein klarer Mehrwert generiert. Es hätte also "eins zu eins" gerechnet werden müssen.

Es wurde an meine Adresse der Vorwurf gerichtet, mit Zahlen zu jonglieren und Wahlkampf zu betreiben. Ich möchte an dieser Stelle festhalten, dass SR Peter Neukomm mir scheinbar nicht richtig zugehört hat, sonst hätte er merken müssen, dass ich mich nicht auf das Zahlenmaterial der Verpflichtungskredite gestützt habe, sondern ich habe die Zahlen präsentiert, welche die Referenten in der GPK vorgestellt haben und die wesentlich tiefer als diejenigen der Verpflichtungskontrolle sind. Ich lasse den geäusserten Vorwurf so nicht auf mir sitzen.

Art. 28 des Finanzhaushaltsgesetzes besagt, dass - sofern der Vorschlagskredit nicht ausreicht - ein Nachtragskredit unterbreitet werden muss. Auch der Gesetzgeber ist nicht so dumm und verlangt bei jeder Abweichung nach dem Parlament. Sofern es sich nicht um unbedeutende Abweichungen von Kreditbeträgen handelt oder wenn es gebundene Ausgaben oder Auflagen aufgrund einer Gesetzesänderung sind, ist eine Intervention seitens des Parlaments nicht nötig. Ich empfehle Ihnen die Lektüre von Art. 28 des Finanzhaushaltsgesetzes. "

Das **Ratspräsident, Dr. Raphaël Rohner (FDP)**, macht die Anmerkung, dass die Debatte über Bauabrechnungen erst bei Vorliegen der Schlussabrechnungen vertieft zu führen sei und weist darauf hin, dass heute Abend im Rat noch andere Geschäfte zur Diskussion stehen. Damit will der Ratspräsident aber nicht signalisieren, dass heute Abend nicht darüber gesprochen werden könne.

Hermann Schlatter (SVP)

Votum

"Erlauben Sie mir zwei Bemerkungen zu den Ausführungen von SR Peter Neukomm: In Ergänzung zum Votum von Dr. Cornelia Stamm Hurter zum Thema Areal Bleiche möchte ich anmerken, dass die erwähnten CHF 10 Mio. brutto sind; Kanton und SBB haben CHF 2,79 Mio. (gemäss verteilter Abrechnung) dazu beigetragen und somit beläuft sich der Nettoaufwand der Stadt auf CHF 7,5 Mio.

Der Finanzreferent hat die Aussage von Dr. Cornelia Stamm Hurter betreffend Steuersenkungsgelüste als Quatsch bezeichnet. Es ist mir schon klar, dass es nicht der Stadtrat ist, der solche Gelüste hat, jedoch allenfalls gewisse Parlamentarier. Es schleckt keine Geiss weg, dass das übergeordnete kantonale Recht vorschreibt, dass CHF 10% abgeschrieben werden müssen, und alles, was die Kommune mehr abschreibt, freiwillig geschieht. Gemäss Aussage des Finanzreferenten stehe man aktuell mit dem Eigenkapital noch nicht dort, wo man sein möchte. Hätte man allerdings weniger abgeschrieben, läge das Eigenkapital höher und die Kennzahl

wäre entsprechend besser. “

SR Peter Käppler

Votum

”Thema Bleiche, Einnahmen und Ausgaben: Dr. Cornelia Stamm Hurter sagte, das Zentrum Landhaus gehöre nicht dazu. Dem ist aber so, das Zentrum Landhaus gehört als Bestandteil zum Gesamtkonzept. Der Kurzeitparkplatz Kiss and Ride, die Unterführung und die Toiletten sowie das komfortable Buszentrum wurden gebaut. Das war eine der Bedingungen zur Freistellung des Bleiche Areals. Die Stadt Schaffhausen hat einen Beitrag von etwas über einer Million Franken an die Baurechtsnehmer bezahlt. Deshalb gehört dies auch in die Gesamtrechnung.“

Der **Ratspräsident, Dr. Raphaël Rohner (FDP)**, stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wird, Eintreten ist beschlossen.

DETAILBERATUNG

Der 1. Vizepräsident, Daniel Schlatter (SP), verliest das gebundene Buch der Jahresrechnung 2011 der Einwohnergemeinde Schaffhausen und die Vorlage des Stadtrats vom 24. April 2011, Seiten I bis XXXIX sowie den Antrag auf Seite XL wie folgt:

IV. LAUFENDE RECHNUNG

Iren Eichenberger (OeBS):

Seite 86, Position 5110.433.102, Elternbeiträge aus Zusatzunterricht und Aufgabenhilfe:

”Im Kommentar ist zu lesen, dass aufgrund eines Beschlusses des GrSR vom 24. Mai 2011 die Elternbeiträge der Aufgabenhilfe erhöht wurden. Im Jahr 2010 betragen diese CHF 106'875.-- und im letzten Jahr CHF 75'950.--, das heisst rund ein Viertel weniger. Daraus kann man den logischen Schluss ziehen, dass es erheblich weniger Schüler hatte, die von dieser Aufgabenhilfe profitieren konnten. Dazu möchte ich eine kurze Erklärung vom Schulreferenten hören. Wie hat sich dies ausgewirkt? Geht man davon aus, dass die betroffenen Schüler anderweitig Hilfe bekommen? “

SR Urs Hunziker:

”Aus dem Budget ist ersichtlich, dass wir weniger Beiträge vorgesehen haben und ein gewisser Rückgang dieser Zusatzunterrichtsstunden wurde festgestellt. Andererseits hat sich dies nicht so stark ausgewirkt, wie wir befürchtet haben. Es bleibt abzuwarten, wie die Entwicklung in Zukunft aussieht. Grundsätzlich kann gesagt werden, dass für eine Aufgabenhilfestunde von Seiten der Eltern CHF 3.-- bezahlt wird. Trotz der Erhöhung des GrSR ist dies nach wie vor vertretbar; die Stunden werden von Fachkräften erteilt.“

Alfred Tappolet (SVP)

Seite 104, Position 5310.318.005 Telefon sowie Seite 106, 5310.436.213 Telefon-Einnahmen der Heimbewohner:

”Ich möchte wissen, warum derart exorbitante Preiserhöhungen auf die Telefonkosten gemacht werden, nur weil unsere Heimbewohner keine Handys haben. Wird dies in allen Altersheimen gleich gehandhabt? Ich finde es nicht richtig,

wenn den Heimbewohnern fast das Doppelte des Betrages verlangt wird, den das Heim dem Telefonkonzern bezahlen muss. Diese Differenz hätte ich gerne erklärt. “

SR Urs Hunziker:

”Es ist tatsächlich so, dass die Telefonanlage des Altersheims am Kirchhofplatz eine Einzelabrechnung an die Heimbewohner verlangt; in den anderen Heimen wird teilweise vom Heim direkt abgerechnet, und zwar ohne Gewinn. Sie können davon ausgehen, dass die Heimbewohner normale Gesprächstarife (plus das Abonnement) bezahlen. Zu den Kosten wird auch der Betrieb der Telefonzentrale hinzugerechnet; die genauen Details der von Ihnen angesprochenen Differenz kann ich Ihnen aber noch separat zukommen lassen. “

IV. INVESTITIONSRECHNUNG

Walter Hotz (FDP)

Seite 172, 62300.503.010 Räumliche Zusammenführung der städtischen Werkhöfe, Projektierung:

”Ich möchte den Baureferenten an dieser Stelle an Folgendes erinnern: Im GPK-Protokoll vom 8. September 2005, Seite 53, ist zu lesen, dass sich der Stadtrat für die Variante 2 entschieden habe und sich das ausgewiesene Sparpotenzial auf rund eine Million Franken belaufe; nach damaliger Abschätzung war dies mit einem Abbau von 10 Arbeitsplätzen verbunden. In der Rechnung 2011 wurden CHF 69'000.-- ausgegeben, in der Rechnung 2010 waren es CHF 72'000.--, bis heute sind total Kosten von CHF 180'000.-- aufgelaufen (gemäss Zentralverwaltung), und jetzt stehen wir wieder beim Stand Null. Es muss jetzt unbedingt vorwärts gehen mit diesem Projekt oder mindestens muss die Bevölkerung über den aktuellen Stand informiert werden. Mit grossem Pomp wurde eine Pressekonferenz mit zwei Regierungsräten und dem Stadtpräsidenten abgehalten, wo verkündet wurde, dass 2011 der Bau fertig, beziehungsweise einzugsbereit sei. “

SR Peter Käppler:

”Es ist heute eine ganz andere Zeit wie damals im Jahr 2005, auch das Projekt ist ganz anders. Das damalige Projekt wurde nicht weiterverfolgt und der Stadtrat entschied, gemeinsam mit dem Kanton ein eigenes Projekt aufzugleisen (gegenüber dem Logierhaus auf dem Gelände Birch). Die Machbarkeitsstudie der gemeinsamen Werkhöfe, Tiefbau und Städtische Werke liegt vor. Von Seiten des Kantons kamen neue Inputs; man hat sich darauf geeinigt zu prüfen, ob im Schweizersbild ein gemeinsames kantonales/städtisches Tiefbauamt und die Städtischen Werke untergebracht werden könnten. Diese Machbarkeitsstudie ist bereits abgeschlossen. Somit stehen wir nicht auf Feld 1, sondern haben den Bericht zur Machbarkeit vorliegen. Wir kennen den Kostenrahmen, bei der aktuellen Konzeptphase spricht man von plus/minus 25%. Sämtliche räumlichen Bedürfnisse aller involvierten Bereiche können abgedeckt werden. Die Städtischen Werke sind der grösste Partner dieses gemeinsamen Zentrums; ausserdem kommen noch andere Abteilungen wie das kantonale Forstamt dazu, ebenso das städtische Forstamt und Teile der Verwaltungspolizei. Die Kosten bewegen sich in einer Grössenordnung, die wir nicht einfach zur Volksabstimmung bringen können, und alle freuen sich darüber, derart viel Geld ausgeben zu dürfen. Stadtrat und Regierungsrat haben aufgrund dieser Kostenaufstellung nochmals eine Überprüfungsrunde verlangt, und zwar nicht nur betreffend baulicher Machbarkeit, sondern auch über die betrieblichen Synergien, die eigentlich den Werkhof finanzieren müssen. Die Investitionen, die für Stadt und

Kanton relativ hoch sind, müssen rentabel sein. Es sollte sich eigentlich um eine "Sparvorlage" handeln, das heisst, die durch den Bau des Werkhofs freigespielten Areale wie Gaswerk, Hochstrasse und Bachstrasse plus die vorher erwähnten Einsparungen durch betriebliche Synergien müssen kostentragend sein. Diese Überprüfungen sind zurzeit in Arbeit. Dazu kommt, dass wir nicht nur neue Gebäude erstellen wollen, in denen sich unsere Leute wohl fühlen, sondern wir wollen auch den lang gehegten Wunsch einer Zusammenlegung der beiden Tiefbauämter in ein gemeinsames operatives Kompetenzzentrum Tiefbau umsetzen. Das Projekt ist eine sehr grosse Aufgabe; es ist nota bene das grösste Verwaltungsreformprojekt von Stadt und Kanton der letzten Jahre. Sämtliche involvierten Bereiche engagieren sich enorm. Regierungsrat und Stadtrat sind überzeugt, dass es keinen Sinn macht, eine Vorlage zu bringen, die nur das Thema Gebäude beinhaltet. Es muss auch ein glaubwürdiges Modell für dieses Kompetenzzentrum Tiefbauamt enthalten sein, seine zukünftige Betriebsform, die Abrechnungsart sowie eine Vielzahl weiterer wichtiger Fragen ist im Vorfeld abzuklären. Bekanntlich steckt der Teufel im Detail; wir mussten feststellen, dass die seriöse Abklärung dieser Details mehr Zeit in Anspruch nimmt als die baulichen Belange. Deshalb stehen wir nicht auf Feld 1, sondern sind bereits ziemlich weit vorgeschritten. Ich bin zuversichtlich, dass es keine "Rutschpartie" mehr geben wird. "

Josef Eugster (SVP)

Seite 174, 62306.524.213 bis 215, KSS Baueingabe und Vorbereitungsarbeiten Sanierung Eissporthalle, Erneuerung der Trafostation sowie Sanierung des Kollektorenkanals, Sanierung Eisporthalle KSS:

"Da Bauabrechnungen heute Abend ein zentrales Thema sind, möchte ich Folgendes hinzufügen: Die Bauabrechnung der KSS wird noch vor den Sommerferien vorliegen. Ich kann aber schon heute vorausschicken, dass der Kostenrahmen trotz verschiedener Nebengeräusche eingehalten werden konnte. In der breit abgestützten Baukommission wurden einige Mehrkosten für Arbeiten im Zusammenhang mit Schnittstellen alt/neu bewilligt. Hätte man diese Arbeiten nachträglich und auf dem Budgetweg ausgeführt, wären massiv höhere Kosten entstanden. "

VI. Verpflichtungskreditkontrolle

Keine Wortmeldungen

VII. Spezialfinanzierungen

Keine Wortmeldungen

VIII. Städtische Fonds

Keine Wortmeldungen

IX. Spezialverwaltungen: KSD, Holzschnitzelbetrieb, ARA Röti, Anlagen KBA Hard, Deponie Pflumm

Keine Wortmeldungen

X. Stiftung Impuls

Keine Wortmeldungen

XI. Betriebe: Städtische Werke, Verkehrsbetriebe

Keine Wortmeldungen

Kapitel I bis III

Bestandesrechnung der allgemeinen Stadtverwaltung
Gesamtergebnis der Verwaltungsrechnung
Sachgruppenstatistik
Keine Wortmeldungen

Bericht des Stadtrats vom 24. April 2012 an den Grossen Stadtrat zur Rechnung 2011, Seite I-XXXIX mit dem Antrag auf Seite XL

Der **1. Vizepräsident, Daniel Schlatter (SP)**, verliest den Bericht des Stadtrats vom 24. April 2011, Seiten I bis XXXIX sowie den Antrag auf Seite XL wie folgt:

ANTRAG

Die vorliegende Jahresrechnung 2011 der Einwohnergemeinde Schaffhausen wird gemäss Art. 27 Abs. 1 lit h der Stadtverfassung genehmigt. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst die Jahresrechnung 2011 der Einwohnergemeinde Schaffhausen mit 31:0 Stimmen gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Korrektur:

Das Datum der Genehmigung der Jahresrechnung durch den GrSR ist der 3. Juli 2012 (anstatt des im Antrag aufgeführten Datums vom 19. Juni 2012).

Traktandum 2 Postulat Simon Stocker (AL): Herrenacker - ein lebendiger Platz für alle!!

Simon Stocker (AL)

Begründung

„Der Herrenacker ist und bleibt seit vielen Jahren in der Bevölkerung wie auch im Parlament ein grosses Thema. Ein Blick auf die Vorstösse und Vorlagen der letzten Jahre zeigt dies eindrücklich. Im Februar 2004 wurde eine Vorlage vom Volk verworfen, bereits ein Jahr später wurde mit einem Stimmenanteil von 65% der Neugestaltung des Herrenackers zugestimmt. Gerne zitiere ich aus dem damaligen Abstimmungsmagazin wie folgt: *„Es ist die Absicht des Stadtrats, die Voraussetzungen zu schaffen, damit der Platz in einer würdigen Art und Weise und möglichst vielfältig vermehrt benutzt werden kann. Eine abschliessende Aufzählung aller Nutzungen kann zum heutigen Zeitpunkt nicht folgen. Der Platz braucht seine Zeit.“* Zudem verweise ich gerne auf die beiden Vorstösse von Dr. Raphaël Rohner sowie Ex-Grossstadtrat Daniel Preisig, die ebenfalls mehr Investitionen in den Herrenacker wünschten. In einer Kleinen Anfrage von 2004 wollte Dr. Raphaël Rohner wissen, ob der Stadtrat *„bereit ist, Spielgeräte für Jung und Alt auf dem Platz zur Verfügung zu stellen und mit geeignetem Blumenschmuck zur Attraktivierung beizutragen.“* Der Stadtrat bejahte diese Massnahme und stellte mit Sofortmassnahmen solche in Aussicht. Daniel Preisig wollte 2007 mit einem Postulat, dass der Stadtrat ein Konzept für den Betrieb von Boulevard-Cafés auf dem

Herrenacker ausarbeitet. Dieses Postulat wurde damals nicht erheblich erklärt. Die Attraktivierung und die damit verbundenen Investitionen sind seit vielen Jahren immer wieder von Politikern aus verschiedenen Lagern gefordert worden. Nun sind Jahre vergangen, und der Herrenacker hat tatsächlich seine Zeit benötigt, um so zu werden, wie sich dies Politik und Bevölkerung vorgestellt haben. Zahlreiche Gespräche und Beobachtungen haben mich dazu bewogen, diesen Vorstoss einzureichen.

Bereits im Frühling wird der Platz von verschiedenen Nutzerinnen und Nutzer gebraucht; ich gehe dabei vom Alltagsgebrauch und nicht von Nutzungen einzelner Veranstaltungen wie "das festival" oder Märkten aus. Ob von Einheimischen oder von Touristen, der Platz wird heute benutzt und geschätzt. Es geht sogar so weit, dass es an schönen Tagen auf dem Herrenacker zu eng wird, und viele Menschen keine Sitzgelegenheiten mehr finden. Die Stufen vor dem Stadttheater sind besetzt, Alt und Jung tummeln sich auf dem Herrenacker. Auch Kinder und deren Eltern schätzen den Herrenacker mit seinem Wasserspiel als Treffpunkt für Gespräche. Touristen werden durch gut gelaunte Menschenmassen empfangen, und Schaffhausen zeigt sich hier von seiner lebensfrohen und fröhlichen Art.

Ich bin der Meinung, dass die Stadt nun einen Schritt weiter gehen muss und die Aufenthaltsqualität nochmals steigen kann. Benötigt werden weitere mobile Sitzmöglichkeiten, Spielmöglichkeiten für Alt und Jung, wie von Dr. Raphaël Rohner gewünscht, wie beispielsweise Ping Pong-Tische oder Bodenschachbretter; ganz innovativ wären so genannte urbane Gärten, die durch Bewohnerinnen und Bewohner gehegt und gepflegt werden. Der Inhalt ist im Prinzip egal; wichtig ist mir persönlich, dass im Sinne der neuen Stadtverfassung die Bedürfnisse der jetzigen Nutzerinnen und Nutzer erfasst werden und darauf basierend eine entsprechende Verbesserung angebracht wird. Es würde mich sehr freuen, wenn der GrSR bereit wäre, den Herrenacker, und damit ein Stück Schaffhauser Identität, weiter vorwärts bringen würde. Für die Überweisung meines Postulats bin ich Ihnen deshalb dankbar. "

SR Peter Käppler

Stellungnahme

"Der Postulant und die Mitunterzeichnenden fordern den Stadtrat auf zu prüfen, welche Möglichkeiten ergriffen werden können, um die Aufenthaltsqualität auf dem Herrenacker zu verbessern. Er soll dabei interessierten Nutzergruppen die Möglichkeit zur Mitwirkung geben.

Nach der Ablehnung des ersten Projektes im Februar 2004 war klar geworden, wie schwer es sein würde, alle Einzelinteressen in einem einzigen Gestaltungsvorschlag zu vereinigen. Deshalb wurde bereits Ende Februar 2004 eine Gruppe zur Abklärung der Bedürfnisse an den Herrenacker gebildet, die sich vornehmlich aus Vertreterinnen und Vertretern am Herrenacker liegender Geschäfte und Institutionen sowie einzelner Anwohnerinnen und Anwohner zusammensetzt. Die formulierten Ziele flossen in den jetzigen Gestaltungsplan mit ein. Aus den vertieften Diskussionen entwickelte sich ein Flächen- und Infrastrukturprogramm. Das Projekt, das sowohl die wesentlichen Anliegen der Bevölkerung als auch der Anliegerinnen und Anlieger berücksichtigte, sah einen grossen unverbauten Platz von zeitloser schnörkelloser Schlichtheit mit Bäumen und schattigen Sitzgelegenheiten vor. Das Element Wasser sollte mit einem unkomplizierten und einfach zu wartenden Wasserspiel aufgenommen werden. Der etwas grössere Zunftbrunnen wurde von den Zünften mitfinanziert, die ursprüngliche Vorlage sah einen kleinen Brunnen vor.

Weiter sollte der Platz künftig für all jene Aktivitäten nutzbar gemacht werden können, die eine lebendige Kultur ermöglichen. Deshalb wurde die notwendige technische Infrastruktur bereits eingeplant und im Rahmen der Neugestaltung installiert. Der Herrenacker war vermutlich einer der ersten Plätze, der einen SASAG-Anschluss hat und Wasser- sowie Stromanschlüsse für Veranstaltungen direkt im Platz versenkt sind. Im Mai 2006 erfolgte der Spatenstich, ein Jahr später konnte der neu gestaltete Herrenacker mit dem Kastanienblütenfest als Einweihung der Bevölkerung übergeben werden. Die Kastanien erfreuen uns jedes Jahr mit ihrer Blüte, auch sonst hat sich der Platz sehr gut entwickelt.

Das Konzept ist sowohl in der Alltagsnutzung als auch für spezielle Anlässe sehr geeignet und wird von der Bevölkerung und den umliegenden Anstösserinnen und Anstössern immer mehr geschätzt und genutzt. Schon damals hat das Gestaltungskonzept vorgesehen, dass der Herrenacker dank seiner unverbauten Erscheinungsweise auch künftig für neue Ideen offen ist und damit ein Platz für alle. Aus Diskussionen mit der Stadtbevölkerung sowie den Forderungen des Postulanten ortet der Stadtrat Handlungsbedarf. Der Stadtrat stellt sich der Forderung einer Verbesserung der Aufenthaltsqualität grundsätzlich positiv gegenüber.

Weitere Sitzgelegenheiten: Der Wunsch nach mehr Sitzgelegenheiten wird von der Bevölkerung immer wieder geäussert, vor allem während der wärmeren Jahreszeit. Ein Vorschlag für zusätzliche Bänke im Stil der bereits vorhandenen wurde bereits im Stadtrat besprochen. Aufgrund der Sparmassnahmen wurde auf diese eher teure Variante jedoch verzichtet. In der Abstimmungsvorlage aus dem Jahr 2005 wurde betreffend Möblierung festgehalten, dass im Randbereich des Platzes die Aussenbewirtung durch die Restaurants bei Bedarf vergrössert werden kann. Weitere öffentliche Platzmöblierung war zu diesem Zeitpunkt nicht vorgesehen. Der obere Platzbereich, hauptsächlich ruhigen Aktivitäten und dem Aufenthalt zugewiesen, wird durch die wachsenden Bäume ein geschlossenes Blätterdach der Kastanien erhalten und dient damit hauptsächlich der Alltagsnutzung, beziehungsweise dem Teil des Platzes zum Verweilen.

Der Stadtrat nimmt mit Freude zur Kenntnis, dass offenbar das Ziel der Platzgestaltung erreicht wurde und der Herrenacker erneut als Stadtplatz mit hohem Gebrauchswert und guter Aufenthaltsqualität wahrgenommen wird. Wie schon im Abstimmungsmagazin aus dem Jahr 2005 erwähnt, brauchte der Platz seine Zeit, bis die Bevölkerung ihn entdeckte und zu nutzen begann. Heute, knapp sieben Jahre nach der Volksabstimmung wird der Platz als Forum, Bühne, Marktplatz für Veranstaltungen und Feste genutzt. Auch der Martini Markt hat mittlerweile seine Heimat gefunden, auch wenn er anfangs mit Geburtswehen zu kämpfen hatte. Im Alltag ist er Treffpunkt und ruhiger Ort für die Bewohner und Arbeitenden in der Altstadt geworden. Dem Postulanten ist es ein Anliegen, den Platz den gesteigerten Bedürfnissen der Anlieger und dem Gewerbe sowie den Privatpersonen anzupassen. Diesem Anliegen steht der Stadtrat grundsätzlich positiv gegenüber. Wenn das Parlament das Postulat heute Abend erheblich erklärt, wird der Stadtrat den Prozess aufnehmen und mit interessierten Nutzergruppen prüfen, wie die Aufenthaltsqualität auf dem Herrenacker gemäss den Vorschlägen von Grossstadtrat Simon Stocker verbessert werden kann. Einige Ideen hat er erwähnt; es gibt sicherlich auch noch andere Varianten. Der Stadtrat schlägt vor, dass in einer neu einzuberufenden Projektgruppe mit Betroffenen (Tourismus, Restaurantbesitzer, Interessierte wie Einwohnerverein Altstadt und Pro City sowie dem Postulanten) die Bedürfnisse erhoben werden und ein Lösungsvorschlag in einer Vorlage ans Parlament erarbeitet wird.

Der GrSR muss aber wissen, dass Sitzgelegenheiten sowie zusätzliche Einrichtungen zu Mehrkosten in der Stadtrechnung führen werden. Denn alle zu platzierenden Elemente müssen so konstruiert sein, dass sie vandalensicher (das heisst genügend sicher oder im Boden verankert) und trotzdem leicht demontierbar sind. Die jährliche mehrfach notwendige De- und Montage für Veranstaltungen verursacht zusätzlichen Arbeitsaufwand und daher Kosten in der Stadtverwaltung. Der GrSR muss sich dessen bewusst sein, denn, wenn Sie das Postulat heute überweisen sollten, müssen Sie auch der Genehmigung der dafür notwendigen Mittel zustimmen.

Der Stadtrat empfiehlt Ihnen, das Postulat im Sinne der auszuarbeitenden Vorlage entgegen zu nehmen und die Möglichkeit für eine weitere Aufwertung des noch 1840 als Hauptplatz der Stadt bezeichneten Platzes zu schaffen. “

Theresia Derksen (CVP)**OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung**

”Der Herrenacker ist ein Platz, der durch seine Grösse besticht und multifunktionale Nutzungsmöglichkeiten zulässt. Die OeBS/CVP/EVP-Fraktion hat das Postulat von Simon Stocker, das dem Stadtrat den Auftrag erteilen möchte, Möglichkeiten zu prüfen, wie die Aufenthaltsdauer auf dem Herrenacker zu verbessern sei, diskutiert und hat Folgendes festgestellt:

Der Herrenacker wird multifunktional genutzt. Sitzgelegenheiten gibt es bei den Boulevard Cafés und auf den Bänken unter den Bäumen im oberen Teil. Der Herrenacker bietet den geeigneten Rahmen für spezielle Grossveranstaltungen wie “das festival”, Sommertheater, slowUp und Märkte. Über den Platz erfolgt der Zubringerdienst zum Stadttheater, zu den Restaurants am Herrenacker und den Warenhäusern Coop und Manor. Am Springbrunnen haben kleine Kinder ihren Spass; der Herrenacker eignet sich aber nicht als Spielplatz, denn bei einem Sturz ist der Belag eine grosse Verletzungsgefahr. Zudem gibt es nicht wenig Zubringerverkehr. Als Spielplatz eignet sich daher eher der nahe Stadtpark, wo es im Sommer auch mehr Schatten hat. Wegen des darunter liegenden Parkhauses kann man nicht mehr schattenspendende Bäume pflanzen und den Platz möblieren geht auch nicht, denn der Zubringerdienst muss gewährleistet sein.

Fazit der Diskussion: Die OeBS/CVP/EVP-Fraktion findet nicht alle Gegebenheiten auf dem Herrenacker ideal. Verschiedenen Bedürfnissen kommt er aber nahe; es gibt Sitzgelegenheiten, Boulevard Cafés, der Zubringerdienst ist garantiert. Mit einer knappen Mehrheit finden wir aber, dass es nicht Aufgabe des Stadtrats sein kann, weitere Möglichkeiten aufzuzeigen, sondern, dass die Nutzerinnen und Nutzer durchaus Eigeninitiative zeigen und umsetzbare Vorschläge bringen, wie die Aufenthaltsqualität ohne grosse Kosten und Umtriebe verbessert werden kann. Sofern in der Diskussion keine überzeugenden Ideen auftauchen, wird auch die Minderheit unserer Fraktion das Postulat ablehnen. “

Martin Egger (FDP)**FDP-Fraktionserklärung**

”Mit dem Vorstoss “Herrenacker - ein lebendiger Platz für alle!” wollen die Unterzeichnenden vom Stadtrat unter Einbezug von interessierten Nutzerinnen und Nutzern einen Vorschlag ausarbeiten lassen, wie die Aufenthaltsdauer auf dem Herrenacker verbessert werden könnte. Die FDP-Fraktion hat das Postulat eingehend diskutiert und ist zum Schluss gekommen, den Vorstoss nicht zu unterstützen, und zwar aus folgenden Gründen:

- Der Herrenacker lebt bereits heute durch seine Schlichtheit und seine Grossräumigkeit. Die Aufenthalts- und Spielorte im oberen Teil des Platzes und der Brunnen mit dem Wasserspiel werden bereits heute rege genutzt; nicht nur die Kinder, sondern auch die Väter haben ihre Freude daran.
- Es muss nicht immer der Staat sein, der alles bereit stellt. Gute Ideen wie zum Beispiel die Aktion "Farbige Bänke" der Pro City beweisen, dass auch Vereine, Geschäftstreibende und Private gewillt sind, sich im öffentlichen Raum zu engagieren. Verbauen wir also nicht die Grossräumigkeit des heutigen Platzes, sondern lassen Raum für kreative Ideen zu.
- Der Herrenacker wird heute für die unterschiedlichsten Aktivitäten genutzt. Vom Start des slowUp, als Standort für den Martinimarkt oder aber als Show-Bühne für den Fahrzeugpark der Feuerwehr der Stadt Schaffhausen (siehe Seite 44 der heute aufliegenden Festschrift) und in Kürze auch wieder als Openair-Bühne für "das festival". Aufgrund der regen und unterschiedlichen Nutzung durch grössere Veranstaltungen wäre es nicht sinnvoll, wenn der Platz durch halbstationäre Einrichtungen wie Ping Pong-Tische, mobile Sitzgelegenheiten, für die ein entsprechendes Depot eingerichtet werden müsste oder mit Schachbrettern eingeengt würde. An das Thema Vandalensicherheit habe ich noch gar nicht gedacht.

Aus diesen Überlegungen lehnt die FDP-Fraktion den Vorstoss ab und bittet Sie, das Postulat nicht zu überweisen. "

Josef Eugster (SVP)

SVP/EDU-Fraktionserklärung

"Leider muss ich Simon Stocker eine Absage erteilen, weil der Herrenacker nun mal ein Veranstaltungsplatz für grossräumige Veranstaltungen ist. Ich war schon bei der Zangengeburt der Gestaltung des Herrenackers dabei. Es wurden bereits einige Vorstösse eingereicht, um den Herrenacker neu oder anders zu gestalten. Wir sollten den Herrenacker für die nächsten 20 Jahre so belassen, und der Stadtrat soll sich wichtigeren Themen widmen. "

Thomas Hauser (FDP)

Votum

"Nur eine kurze Frage: Was haben wir rund um den Herrenacker herum? Lauter kantonale Verwaltungsgebäude: Das Gericht, die Erziehungsdirektion und das Berufsinformationszentrum. Solange Sie nur Gebäude mit Verwaltungsstellen am Herrenacker haben, kann der Platz nicht florieren. Der Kanton müsste mit dem Gericht und seinen anderen Bereichen ausziehen, damit Restaurationsbetriebe und Gewerbe eingerichtet werden könnten; und dann würde der Platz "laufen". So wird das nie ein lustiger Platz. "

Res Hauser (JFSH)

Bürgerlich-liberale Fraktionserklärung

"Wie Simon Stocker bereits ausführte, sind die Sitzgelegenheiten oftmals besetzt und die Restaurants voll. Diese können sich aber bereits heute ausdehnen, wenn sie dies wollen. Es ist also keine Aufgabe der Stadt. Auch Ping Pong-Tische und urbane Gärten sind fehl am Platz, da sonst Märkte und andere Grossveranstaltungen nur mit erheblichem Mehraufwand stattfinden können; vor allem möchte ich sehen, wie ein urbaner Garten kurz wegtransportiert wird. Wir hatten noch eine andere Idee: Es

könnten wieder Parkfelder eingezeichnet werden, damals war es sehr lebendig auf dem Herrenacker. Anlässe könnten problemlos durchgeführt und die Kasse würde es auch freuen.

Einverstanden wären wir mit den Holzbänken und den Stühlen, aber das Postulat fordert sicherlich mehr, und deshalb werden wir es ablehnen. “

Katrin Bernath (OeBS)

Votum

”Ich spreche im Namen der Minderheit in unserer Fraktion. Für mich ist die zentrale Frage, ob es Aufgabe des Stadtrats sei, hier aktiv zu werden. Eigentlich sind viele offen für neue Nutzungen. Was sind denn eigentlich die konkreten Bedürfnisse? Ich kann dies nicht beurteilen, da ich nicht oft auf dem Herrenacker bin; ich finde es schön, wenn er ab und zu leer ist. Aus meiner Sicht kann es aber die Aufgabe des Stadtrats sein, die Bedürfnisse zu klären. Die Aussage, Interessierte müssen sich aus eigener Initiative melden oder sich organisieren, ist meiner Ansicht nach schwierig, weil sie oft eben gerade nicht organisiert sind. Die Stadt könnte in der Koordination eine wichtige Rolle spielen, innovative Ideen sammeln und überprüfen. Vielleicht könnte man Plakatwände aufstellen, damit die Leute ihre Ideen darauf notieren können. So etwas wäre mit kleinem Aufwand möglich. In diesem Sinne plädiere ich dafür, das Postulat zu überweisen. “

Simon Stocker (AL)

Schlusswort

”Katrin Bernath nimmt mir das Wort aus dem Mund. Mein Postulat ist ein Prüfungsauftrag. Scheinbar scheinen alle bereits zu wissen, wie dieser Platz sicher nicht oder bestimmt sicher ausgestaltet werden muss. Ich erteile dem Stadtrat nur den Auftrag, zu prüfen, was nötig ist, um die Aufenthaltsqualität zu verbessern. Wenn nun Einige zum Schluss kommen, die Qualität sei gar nicht zu verbessern, akzeptiere ich dies. Dass man aber einfach ans Rednerpult steht und behauptet, zu wissen, was alles sicher nicht möglich ist, erinnert mich an Debatten über verschiedene andere Themen, die wir in dieser Stadt bereits hatten. Die Rhybadi gehört in diese Kategorie; obwohl das konkrete Konzept noch gar nicht klar war, wusste man bereits, was ganz bestimmt nicht möglich ist. Ich finde es schade, dass man nicht den Mut hat, zu prüfen. Katrin Bernath hat aufgezeigt, wie einfach dies zu bewerkstelligen wäre. Dem könnte man ja zustimmen, da sprechen Sie kein Geld; es geht nur um den Prüfungsauftrag von verschiedenen Nutzerinnen und Nutzern, beispielsweise der Wirtschaftsförderung oder vom Tourismus Büro. Stimmen Sie dem Postulat zu, wenn Sie dies prüfen lassen wollen. “

Schlussabstimmung

Der Grosse Stadtrat erklärt das Postulat mit 20:11 nicht erheblich.

Das Geschäft ist erledigt.

Der **Ratspräsident, Dr. Raphaël Rohner**, kündigt die persönliche Erklärung von Edgar Zehnder (SVP) an.

Edgar Zehnder (SVP)**Persönliche Erklärung**

"Ich entschuldige mich für meine Verspätung aufgrund eines Verkehrsunfalls und möchte an dieser Stelle noch einige Bemerkungen zur Antwort des Stadtrats vom 19. Juni 2012 auf meine Kleine Anfrage betreffend Absturzsicherung städtischer Liegenschaften an Sie richten. Ich bin erstaunt, mit welcher Kaltschnäuzigkeit der Stadtrat die Kleine Anfrage beantwortet hat. Die Werkeigentümerhaftung wurde nach einem tödlichen Unfall eines betrunkenen Studenten in einem Schulhaus in St. Gallen in keiner Weise rechtlich so gehandhabt, wie es uns der Stadtrat weismachen wollte. Es kann zwar sein, dass eine Versicherung beim Ersteintreten eines Unfalls gewisse Leistungen abdecken würde. Anschliessend ist dieses Bauwerk aber im Sinne der Werkeigentümerhaftung versicherungstechnisch nicht mehr gedeckt, das heisst, die Stadt müsste nach einem Unfall die Geländerhöhe sowieso anpassen. Ich frage mich nun, wer übernimmt die nicht monetäre, sondern die soziale Verantwortung für mögliche Unfälle? Die Baupolizei Schaffhausen verlangt bei nicht korrekten Brüstungshöhen von jedem privaten Bauherrn eine Unterschrift auf einem Dokument, dass ein allfälliger Unfall vollumfänglich vom Besitzer der Liegenschaft zu verantworten ist. Ich bitte nun SR Peter Kämpfer ebenfalls, folgendes Schriftstück zu unterzeichnen:

Ich übernehme im Falle eines Unfalls auf den Emporen des Stadttheaters Schaffhausen die volle Verantwortung, da ich nicht bereit bin, am historisch altehrwürdigen Gebäude die Geländerhöhen anpassen zu lassen. Ich bin schliesslich gut versichert.

Gezeichnet: Schaffhausen, im Juli 2012, Stadtrat Peter Kämpfer

Ich habe nicht erwartet, dass SR Peter Kämpfer dieses Schriftstück unterzeichnet und hoffe, dass der Baureferent auch in Zukunft gut schlafen kann. Ich werde mir weitere Schritte vorbehalten. "

SR Peter Kämpfer**Votum**

"Der Stadtrat hat die Kleine Anfrage von Edgar Zehnder beantwortet; Herr Zehnder benutzt diese Antwort für persönliche Angriffe. Dies muss ich ihm überlassen. Ich weise den geäusserten Vorwurf der Kaltschnäuzigkeit zurück. Der Stadtrat nimmt das Thema sehr ernst und hat in seiner Antwort aufgezeigt, wie viele Massnahmen bereits ergriffen (Schulhäuser, Aussensportanlagen) und mit der Genehmigung von finanziellen Mitteln mit Ihrer Hilfe realisiert wurden.

Bei der Frage der Sicherheit des Stadttheaters kann darüber diskutiert werden, ob die jetzigen Sicherheitsmassnahmen genügen; dies war in Absprache mit den entsprechenden Bereichen auch gemacht worden. Man könnte als Konsequenz die oberen Etagen schliessen. Ich weise daraufhin, dass das Stadttheater von den Betreibern sehr gut betreut wird und Sicherheitskontrollen durchgeführt werden. Die Folgen einer Absturzsicherung wurden im erwähnten Schreiben vom 19. Juni 2012 ebenfalls aufgeführt. Von den Nutzerinnen und Nutzern würden einschränkende Massnahmen nicht begrüsst, entsprechende Umbaumaassnahme hätten Kosten im Umfang von einigen Millionen Franken zur Folge. Ich wiederhole an dieser Stelle, dass der Stadtrat die Problematik sehr ernst nimmt. Das Gegenteil ist der Fall, bereits ergriffene Massnahmen wurden auch schon kritisiert, vor allem auf Spielplätzen.

Sie sehen daraus, dass es nicht immer einfach ist, allen Leuten gerecht zu werden.

Hält man sich an die Gesetze, wird man kritisiert; wenn man noch nicht überall so weit ist, werden einem ziemlich üble Sachen vorgeworfen. Ich gebe zu bedenken, dass der Stadtrat nach wie vor alle Punkte der Kleinen Anfrage aufgenommen hat, diese umsetzen und Ihnen entsprechende Budgetanträge vorlegen wird. “

SCHLUSSMITTEILUNG DES RATSPRÄSIDENTEN

Die nächste Ratssitzung findet voraussichtlich, je nach Geschäftssituation, die wir erst zu einem späteren Zeitpunkt beurteilen können, am Dienstag, 21. August 2012, 18 Uhr, statt.

Der **Ratspräsident** beendet die Sitzung um 20:40 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring

Schaffhausen, 15. August 2012